



Antisemitische Vorfälle in Nordrhein-Westfalen 2024



RIAS Nordrhein-Westfalen
Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Nordrhien-Westfalen

Impressum

Herausgeber_innen Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Nordrhein-Westfalen (RIAS NRW)
Bankstr. 57, 40476 Düsseldorf
Telefon: 0211 / 822 66 03 33
E-Mail: info@rias-nrw.de

Düsseldorf, 1. aktualisierte Auflage Mai 2025

Dieser Jahresbericht kann auf www.rias-nrw.de kostenfrei heruntergeladen werden.

V.i.S.d.P. Jörg Rensmann, Verein für Aufklärung und demokratische Bildung e. V. (VAdB e.V.), Bankstr. 57, 40476 Düsseldorf

Konzept und Redaktion Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Nordrhein-Westfalen (RIAS NRW)

Layout und Grafik gegenfeuer.net

Bildnachweis Sofern nicht anders angegeben, verbleiben die Bildrechte bei RIAS NRW bzw. dem VAdB e.V.

Urheberrechtliche Hinweise

© 2025 Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Nordrhein-Westfalen (RIAS NRW). Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird für nicht kommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Herausgeber_innen behalten sich das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung der Herausgeber_innen gestattet. Darüber hinaus muss die Quelle korrekt angegeben und ein Belegexemplar an RIAS NRW geschickt werden.

Haftungsausschluss Die Informationen in diesem Bericht wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Für die Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernehmen die Herausgeber_innen keine Gewähr. Diese Publikation enthält Links zu Webseiten Dritter, auf deren Inhalt wir keinen Einfluss haben. Deshalb können wir für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen. Für die Inhalte der angegebenen oder verlinkten Webseiten sind stets die jeweiligen Anbieter_innen oder Betreiber_innen der Seiten verantwortlich.

Schutzgebühr Es wird keine Schutzgebühr erhoben.

Titelseite Gimmel ist der dritte Buchstabe im hebräischen Alphabet und verweist darauf, dass es sich bei der vorliegenden Publikation um den dritten Jahresbericht von RIAS NRW handelt. Die Gestaltung basiert auf einem von RIAS Berlin beim VdK - Verein für Demokratische Kultur e.V. entwickelten Format.

Gender_Gap RIAS NRW benutzt den Gender_Gap, um alle Geschlechter und Geschlechtsidentitäten darzustellen. Der Unterstrich stellt den Zwischenraum für alle Menschen dar, die sich in der Zwei-Geschlechterordnung nicht wiederfinden. Die Originalschreibweisen in Zitaten sowie in Gastartikeln werden beibehalten. Bei Personen und Gruppen, die einer Ideologie anhängen, in der die Vielfalt geschlechtlicher Identitäten aufgrund eines patriarchalen, homophoben, queerfeindlichen und/oder antifeministischen Weltbildes kategorisch abgelehnt wird, wird der Gender_Gap dennoch verwendet.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort RIAS NRW	2
Vorwort Michael Anger	4
Über RIAS NRW	6
Arbeitsweise	8
Kategorien und Datengrundlage	9
Zusammenfassung: Antisemitische Vorfälle in NRW 2024	14
Statistik auf einen Blick	18
Analysen antisemitischer Vorfälle	26
Schwerpunkt: Antisemitismus an Hochschulen	27
Schwerpunkt: Versammlungsgeschehen	41
Schwerpunkt: Erinnerungsabwehr – Angriffe auf das Gedenken an die Schoa	52
Erscheinungsformen des Antisemitismus in NRW 2024	63
Politisch-weltanschauliche Hintergründe antisemitischer Vorfälle	72
Ausblick	84

Vorwort RIAS NRW

Die traumatischen Folgen des vernichtungsantisemitischen Angriffs islamistischer Terrororganisationen auf Israel am 7. Oktober 2023 sind für die jüdischen Gemeinden weltweit kaum abzuschätzen, geschweige denn überwunden - wie sollte das auch möglich sein. So schrieb Herbert Rubinstein bereits in unserem letzten Jahresbericht treffend: „Die Judenfeindschaft an Universitäten, Schulen und in weiten Teilen der Zivilgesellschaft hat sich seit dem 7. Oktober erheblich gesteigert, nicht nur in Deutschland. Sie wird öffentlich sichtbarer und leider auch aggressiver, was Ängste bei vielen von uns hervorruft, aber sie lässt auch Maßnahmen zur Bekämpfung zu, obwohl die Behörden da hinterherhinken und viel zu spät reagieren.“

Für das Jahr 2024 müssen wir feststellen, dass diese Aussage nichts an Aktualität verloren hat. Die Zahl der dokumentierten Vorfälle blieb auch im vergangenen Jahr auf einem konstant hohem Niveau, insbesondere Jüdinnen_Juden müssen sich seither einer neuen Realität stellen.

Antisemitismus wird im Alltag von der nicht-jüdischen Mehrheitsgesellschaft oft nicht erkannt. Hinzu kommen interessengeleitete Versuche, einzelne Erscheinungsformen des Antisemitismus zu verharmlosen oder generell zu leugnen. Dies betrifft seit dem 7. Oktober 2023 insbesondere den israelbezogenen Antisemitismus. Antisemitismus ist keine Unterform des Rassismus, er ist nicht nur eine Diskriminierung. Er ist, wenn er sich zu einem geschlossenen Weltbild verdichtet, eine gefährlich falsche Welterklärung, eine „negative Leitidee der Moderne“. Die Demokratie selbst, die Möglichkeit der Teilhabe an politischen Prozessen, wird durch antisemitische Ressentiments negiert und kann, wie beim auch antisemitisch motivierten Terroranschlag auf das Stadtfest in Solingen im August 2024, tödlich enden.

Neben der quantitativen Darstellung antisemitischer Vorfälle legen wir daher in diesem Bericht den Fokus auf verschiedene Kontexte, Milieus und Ausdrucksformen, die das Gefahrenpotenzial von Antisemitismus verdeutlichen. So wurden 2024 unter anderem Hochschulen als Orte antisemitischer Agitation mit verheerenden Folgen für jüdische und antisemitismuskritische Hochschulangehörige registriert. Einen weiteren Schwerpunkt des vorliegenden Berichts bildet die Dokumentation antisemitischer Versammlungen in Nordrhein-Westfalen, die im Jahr 2024 eine der dominierenden Ausdrucksformen antisemitischer Vorfälle darstellten. Darüber hinaus werden die spezifischen Merkmale und Ausprägungen einer Erinnerungsabwehr dargestellt, die sich gegen das Gedenken an die Shoah richtet und sich in der Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen und der Verhöhnung der Opfer äußert.

Im Jahr 2024 konnte die Antisemitismusforschung in NRW um eine Studie zum Antisemitismus in der Bevölkerung des Landes erweitert werden, die antisemitische Einstellungen in einem erheblichen Teil unserer Gesellschaft belegt. Neben den Erkenntnissen zu antisemitischen Ausdrucks- und Erscheinungsformen aus der Vorfalldokumentation von RIAS NRW können nun ergänzend Aussagen zu antisemitischen Einstellungen getroffen werden. Dies bietet eine verlässliche Grundlage und verdeutlicht zugleich die Aufgabe für politisches und zivilgesellschaftliches Handeln gegen Antisemitismus.

Wir danken unseren Kooperationspartner_innen und all den engagierten Bürger_innen in NRW, die auftretenden Antisemitismus benennen und sich dem Judenhass entgegenstellen. Unser besonderer Dank gilt all jenen, die durch ihre Meldungen an RIAS dazu beitragen, Analysen wie diesen Jahresbericht zu ermöglichen.

Team RIAS NRW

Vorwort Michael Anger

Der vorliegende Bericht antisemitischer Vorfälle in Nordrhein-Westfalen 2024 von RIAS spricht eine bereits bekannte Sprache. Die Zahl der Angriffe und Bedrohungen steigt und die Situation für jüdische Menschen wird zunehmend schwieriger. Für uns als einziges Gymnasium in Nordrhein-Westfalen mit einem jüdischen Profil sind die Zahlen eindrücklicher Alltag. Unsere Schülerschaft ist täglich Situationen ausgesetzt, die andere Schülerinnen und Schüler nicht kennen. Unser Schulbetrieb findet in einem Hochsicherheitstrakt statt - und das inmitten einer demokratischen und vermeintlich offenen Gesellschaft.

Für die Mehrheitsgesellschaft existiert jüdisches Leben oftmals nur in Geschichtsbüchern oder auf Stolpersteinen. Wir als Schule sind jedoch kein Stolperstein! Wir sind eine lebendige Schule, auf die viele Kinder jüdischen Glaubens gehen. Wir feiern Feste und Bräuche nach dem jüdischen Jahreskreislauf, die die Mehrheitsgesellschaft vielfach entweder vergessen hat oder nicht kennt. Unser jüdisches Profil zeichnet sich zudem durch jüdischen Religionsunterricht, eine koschere Verpflegung und Vermittlung der hebräischen Sprache aus. So stärken wir die jüdische Identität unserer Schülerschaft und bieten gleichzeitig einen ‚Safe Space‘. Nach dem Verlassen unseres Schulgeländes jedoch fühlt sich die Schülerschaft gezwungen, jüdische Symbole abzudecken oder zu verstecken.

In Düsseldorf haben wir das große Plus einer großen jüdischen Gemeinde, die das aufwändige Projekt eines eigenen Gymnasiums gewagt hat. Aber was ist mit jüdischen Schülerinnen und Schülern in anderen Städten und auf anderen Schulen? Oftmals verneinen diese Familien ihre Jüdischkeit, um nicht zum Ziel antisemitischer Übergriffe zu werden.

Michael Anger
Oberstudiendirektor
Albert-Einstein-Gymnasium Düsseldorf
in Trägerschaft der
Jüdischen Gemeinde Düsseldorf



Als Schulleiter und Pädagoge bin ich der festen Überzeugung, dass der Schlüssel zu einer Verhaltensänderung und zu einem neuen Miteinander in der Kindheit und Jugend liegt. Daher wirken Sie bitte alle daran mit, dass sich in den Köpfen unserer Kinder keine antisemitischen Stereotype bilden und kein Hass in sozialen Medien verbreitet wird. Die Begegnung zwischen Juden und Nichtjuden ist der zentrale Weg, um Antisemitismus abzubauen. Daher freut es mich, dass rund 30 Prozent nicht-jüdische Kinder unser Gymnasium besuchen. Diese Kinder werden später wichtige Multiplikatoren sein, um Verständnis und Wissen über das Judentum in die Mehrheitsgesellschaft zu tragen. Das Ziel muss bleiben, dass wir in unserem Land zu einem Miteinander und nicht nur zu einem Nebeneinander mit dem Judentum kommen. Daher ist es umso wichtiger, dass Sie als Leserinnen und Leser, die diesen Bericht jetzt in den Händen halten, sich aktiv einmischen und Stellung gegen Judenfeindlichkeit beziehen. Und zwar praktisch: In Ihrem Alltag, im Gespräch mit Freunden und der Familie oder auch in einer schwierigen Diskussion am Stammtisch oder im Sportverein. Seien Sie Botschafter für das Miteinander!

Der Weg ist weit, aber das Ziel lohnt. Denn wenn der Antisemitismus weiter zunimmt, wird auch die Demokratiefeindlichkeit steigen und unsere Grundwerte werden dauerhaft Schaden nehmen.

Die Alternative zu Hass und Hetze sind Bildung und das Verständnis füreinander. Lassen Sie uns alle weiter täglich daran arbeiten und dies der Jugend vorleben.

שלום (Shalom)

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Michael Anger', written in a cursive style.

Über RIAS NRW

Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Nordrhein-Westfalen (RIAS NRW) dokumentiert antisemitische Vorfälle im Bundesland und unterstützt Betroffene. RIAS NRW ist ein wichtiger Baustein in der Prävention und der Bekämpfung von Antisemitismus. Denn erst durch die kontinuierliche niedrigschwellige Dokumentation und die wissenschaftliche Auswertung nach bundesweit einheitlichen Standards im RIAS Bundesverband, wie zum Beispiel in diesem Jahresbericht, ist es möglich, ein genaueres Bild von den Erscheinungsformen des Antisemitismus zu zeichnen. Wie äußert sich Antisemitismus konkret, von wem geht er aus, gegen wen richtet er sich?

Jüdinnen_Juden sind in NRW regelmäßig mit Antisemitismus konfrontiert. Diese Anfeindungen bleiben jedoch in einem Dunkelfeld verborgen, wenn es keine ausreichende quantitative und qualitative Dokumentation von Antisemitismus gibt. RIAS NRW hat im April 2022 die Arbeit als Meldestelle aufgenommen und damit begonnen, dieses Dunkelfeld aufzuhellen, Antisemitismus sichtbar zu machen und die Perspektiven der Betroffenen zu stärken. Dokumentiert werden dabei Vorfälle unabhängig vom politisch-weltanschaulichen Hintergrund der Täter_innen und auch solche, die keinen Straftatbestand erfüllen. Das Ausmaß nicht strafrechtlich relevanter antisemitischer Vorfälle ist der Öffentlichkeit zumeist unbekannt, aber auch strafrechtlich relevante antisemitische Diskriminierungen und Übergriffe bleiben oft undokumentiert. Häufig werden sie von den Betroffenen aus mangelndem Vertrauen in staatliche Institutionen und aufgrund negativer Erfahrungen mit der Polizei nicht zur Anzeige gebracht. Zu oft bleiben Anzeigen für die Täter_innen ohne Konsequenzen und antisemitische Straftaten werden bagatellisiert oder nicht als solche erkannt. Immer wieder fühlen sich Betroffene deshalb dem Antisemitismus hilflos ausgeliefert, ohne ausreichende Unterstützung durch Gesellschaft und Behörden. Angst und Resignation sind die Folge.

RIAS NRW ergreift hier Partei und orientiert sich an den Bedürfnissen und Wahrnehmungen der Betroffenen, ihrer Angehörigen und jener, die als Zeug_innen antisemitische Vorfälle miterlebt haben. Um auch die nicht-jüdische Mehrheitsgesellschaft für das Phänomen und die Problemlage zu sensibilisieren, berichtet RIAS NRW regelmäßig über antisemitische Vorfälle im Bundesland und veröffentlicht einzelne Vorfälle in Absprache mit den Betroffenen auf den Social-Media-Kanälen von RIAS NRW. Dabei entscheiden allein die Betroffenen, was mit ihren Informationen geschieht. Darüber hinaus steht RIAS NRW im kontinuierlichen Austausch mit verschiedenen Behörden und macht politische und mediale Akteur_innen auf die Perspektiven der Betroffenen aufmerksam, um Sensibilisierungs- und Solidarisierungsprozesse anzustoßen.

ARBEITSWEISE

RIAS NRW legt großen Wert auf Vertraulichkeit, Betroffenen- und Datenschutz und arbeitet daher streng nach Datenschutzregularien und steht in beständigem Austausch mit der Datenschutzbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen. Die quantitativen statistischen Auswertungen und qualitativen Analysen der vom Bundesverband RIAS e.V. und den regionalen Meldestellen erhobenen Daten unterliegen der wissenschaftlichen Sorgfaltspflicht. Der Schutz der Persönlichkeitsrechte wird gemäß der seit dem 25. Mai 2018 EU-weit geltenden Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und dem Grundsatz der Datensparsamkeit garantiert.

RIAS NRW bietet auch die Möglichkeit anonymer Meldungen. Da gemeldete Vorfälle jedoch nur dann belastbar und vergleichbar dokumentiert werden können, wenn sie einen Verifizierungsprozess durchlaufen haben, ist in jedem Fall eine Kontaktmöglichkeit (E-Mail oder Telefon) erforderlich. Auch Zeug_innen von antisemitischen Vorfällen, die nicht selbst betroffen waren, können diese bei RIAS NRW melden. Nachdem ein Vorfall bei der Meldestelle eingegangen ist, setzt sich die Meldestelle über die angegebene Kontaktmöglichkeit mit der meldenden Person in Verbindung, um eventuelle Rückfragen zum antisemitischen Vorfall zu klären: Dies dient der möglichst genauen Dokumentation und Verifizierung des Vorfalls. Dies ist ein sehr aufwändiges und zeitintensives Verfahren, das verständlicherweise Sensibilität und Empathie erfordert.

Häufig wünschen sich die meldenden Personen eine erste Einordnung des Vorfalls durch den_die Mitarbeiter_in der Meldestelle. In enger Absprache mit der meldenden Person werden je nach Fall Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt und wenn möglich konkrete Unterstützung angeboten. Sofern ausdrücklich gewünscht, stellt die Meldestelle im Rahmen der Verweisberatung den Kontakt zu spezialisierten Beratungsstellen her, die in NRW zum Beispiel den Jüdischen Gemeinden in Dortmund und Düsseldorf angehören. Grundlegendes Ziel ist es, den Betroffenen als vertrauensvolle Anlaufstelle zu dienen und sie in ihrer Position zu stärken.

Die Erfassung von Vorfällen und die Prüfung der eingehenden Meldungen nach den operationalisierten Kriterien der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) und nach dem Vorbild des britischen Community Security Trust (CST) erfolgt grundsätzlich zur Wahrnehmung von Aufgaben im öffentlichen Interesse sowie im berechtigten Interesse der von antisemitischen Vorfällen Betroffenen. Die Dokumentation antisemitischer Vorfälle dient der statistischen Auswertung, der wissenschaftlichen Analyse der Erscheinungsformen des Antisemitismus und seiner Entwicklung sowie der Dokumentation des Zeitgeschehens. Im Hinblick auf die Meldebearbeitung,

die zum Zwecke der Erfassung von Vorfällen erfolgt, ist eine langfristige Speicherung nicht erforderlich. Die Daten werden daher pflichtgemäß schnellstmöglich gelöscht.

Die quantitativen und qualitativen Analysen und Auswertungen der vom Bundesverband RIAS e.V. und den regionalen Meldestellen dokumentierten antisemitischen Vorfälle sind eine der wesentlichen Grundlagen für das Erkennen antisemitischer Gelegenheitsstrukturen und mittel- bis langfristiger Tendenzen im antisemitischen Vorfallesgeschehen, aber auch für Präventions- und Bildungsaktivitäten. Die Erhebung und Dokumentation nach wissenschaftlichen Grundsätzen sowie die Auswertung der gemeldeten Vorfälle tragen zu einer validen Lageeinschätzung bei.

Die gewonnenen Erkenntnisse werden von der Wissenschaft, den Sicherheitsbehörden und für die Konzeption von Bildungs- und Begegnungsprojekten genutzt und dienen dem Schutz der jüdischen Community ebenso wie der Prävention und der Wahrung der Demokratie. Der Bundesverband RIAS e.V. und die regionalen RIAS-Stellen, die wissenschaftliche Forschung betreiben, agieren in diesem Rahmen im Sinne einer Wissenschaft in Freiheit und Verantwortung. Zentrale Voraussetzung für diese Arbeit ist die Freiheit der Forschung, die durch das Grundgesetz (Art. 5 Abs. 3 GG) besonders geschützt ist und die nur zum Schutz anderer wichtiger verfassungsrechtlich geschützter Werte begrenzt werden kann.

KATEGORIEN UND DATENGRUNDLAGE

Als inhaltlicher Referenzrahmen zur Bewertung antisemitischer Vorfälle dient die von der Bundesregierung empfohlene „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ der IHRA. Diese wurde in einer von RIAS Berlin und anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen aus Berlin dem deutschsprachigen Kontext geringfügig angepassten Fassung von RIAS NRW übernommen. RIAS NRW orientiert sich zudem an der 2013 von der IHRA verabschiedeten „Arbeitsdefinition zur Leugnung und Verharmlosung des Holocaust“. Bei der Unterscheidung zwischen israelbezogenem Antisemitismus und nicht-antisemitischer Kritik an der Politik israelischer Regierungen wird zudem die von Natan Sharansky vorgeschlagene Trias von Dämonisierung, Delegitimierung und Doppelstandards zugrunde gelegt, der sogenannte 3-D-Test. Die Bedeutung der von RIAS NRW verwendeten Begriffe und Kategorien ist nicht notwendigerweise deckungsgleich mit der Bedeutung der Begriffe und Kategorien, die zum Beispiel von Sicherheitsbehörden verwendet werden.

Die Erfahrungen des CST in Großbritannien, der bereits seit 1994 antisemitische Vorfälle dokumentiert, zeigen, dass erst nach rund fünf Jahren eine Meldestelle ausreichend bekannt ist und das Vertrauen der jüdischen Community erlangt hat, um einen repräsentativen Überblick zur Dimension des Antisemitismus zu erhalten. Im Folgenden werden die vom CST übernommenen Kategorien der Vorfällearten vorgestellt:

Art des Vorfalls

Als **extreme Gewalt** gelten physische Angriffe oder Anschläge, die den Verlust von Menschenleben oder schwere Körperverletzungen zur Folge haben können. Dazu gehören auch Entführungen, Messerstechereien oder Schießereien.

Als physischer **Angriff** gilt jeder körperliche Angriff auf eine Person, der nicht lebensbedrohlich ist und nicht zu schweren körperlichen Schäden führt. Darunter fallen auch versuchte Angriffe, das heißt Fälle, in denen sich die Betroffenen verteidigen oder flüchten. Als versuchter Angriff gilt auch das Werfen von Gegenständen (zum Beispiel Steine, Flaschen), selbst wenn diese ihr Ziel verfehlen.

Unter **gezielter Sachbeschädigung** versteht RIAS das Beschädigen oder Beschmieren jüdischen Eigentums mit antisemitischen Symbolen, Plakaten oder Aufklebern. Dazu gehört auch die Beschädigung oder Beschmutzung von Erinnerungszeichen und -orten, etwa von Gedenkstätten, Gedenktafeln oder Stolpersteinen, aber auch von Geschäftsstellen entsprechender Institutionen.

Als **Bedrohung** gilt jede eindeutige und konkret adressierte schriftliche oder mündliche Drohung. Die Eindeutigkeit ergibt sich aus der direkten oder indirekten Androhung von Gewalt gegen Personen, Personengruppen oder Sachen. Konkretheit liegt vor, wenn sich die Drohung gegen eine bestimmte Person, Personengruppe oder Institution richtet.

Die Kategorie **verletzendes Verhalten** umfasst alle Vorfälle, in denen Jüdinnen_Juden oder jüdische Institutionen gezielt böswillig oder diskriminierend adressiert werden, unabhängig davon, ob der Text selbst antisemitische Stereotype enthält oder nicht. Des Weiteren fallen in diese Kategorie antisemitische Aussagen, die sich schriftlich oder mündlich gegen Nicht-Jüdinnen_Juden richten, antisemitische Schmiereien oder Aufkleber an nicht-jüdischem Eigentum sowie Demonstrationen oder Kundgebungen unter freiem Himmel oder öffentlich zugängliche Veranstaltungen in geschlossenen Räumen, wenn entweder auf den **Versammlungen** selbst (in Form von Wortbeiträgen, gerufenen Parolen, gezeigten Transparenten oder verteiltem

Propagandamaterial) oder in den Ankündigungen und Aufrufen zur Versammlung antisemitische Inhalte feststellbar sind. Eine weitere Form des verletzenden Verhaltens ist die **Diskriminierung**. Dabei handelt es sich um Benachteiligungen aufgrund der tatsächlichen oder angenommenen Zugehörigkeit zum Judentum beim Zugang zu Erwerbstätigkeit, Bildung und Beratung oder zur Versorgung mit Dienstleistungen und Gütern, die der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen (einschließlich Wohnraum), sowie in Bezug auf Arbeitsbedingungen, Mitgliedschaften, den Sozialschutz oder soziale Vergünstigungen.

Als **Massenzuschriften** kategorisiert RIAS antisemitische Texte, die an mindestens zwei Adressat_innen gerichtet sind oder auf andere Weise durch massenhafte Verbreitung ein möglichst großes Publikum erreichen sollen. Auch Texte ohne explizit antisemitische Inhalte werden als Vorfälle aufgenommen, wenn sie an jüdische Adressat_innen verschickt werden.

Weitere Kategorien der statistischen Erfassung antisemitischer Vorfälle sind die Erscheinungsformen des Antisemitismus und der politisch-weltanschauliche Hintergrund:

Erscheinungsformen

Inhaltlich unterscheidet RIAS NRW bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle fünf verschiedene Erscheinungsformen von Antisemitismus. Beim antisemitischen **Otherring** werden Jüdinnen_Juden als fremd oder nicht dazugehörig beschrieben. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn nicht-jüdische Institutionen oder Personen als „Jude“ beschimpft werden. Religiös begründete Stereotype sind Teil des **antijudaistischen Antisemitismus**, wie etwa der Vorwurf, Jüdinnen_Juden seien für den Tod Jesu verantwortlich. Wenn Jüdinnen_Juden besondere politische oder wirtschaftliche Macht zugeschrieben wird, etwa im Rahmen von Verschwörungsmmythen, so wird dies als **moderner Antisemitismus** bezeichnet. Der **Post-Schoa-Antisemitismus** bezieht sich auf die Ermordung von Jüdinnen_Juden im Nationalsozialismus, beispielsweise wenn die Erinnerung daran abgelehnt wird. Der **israelbezogene Antisemitismus** richtet sich gegen den jüdischen Staat Israel, etwa indem ihm die Legitimität abgesprochen wird.

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund

RIAS NRW klassifiziert den politisch-weltanschaulichen Hintergrund der Verantwortlichen für antisemitische Vorfälle. Dieser ergibt sich entweder aus der Selbstbezeichnung der Personen oder Organisationen oder aus verwendeten Stereotypen, die sich eindeutig einem bestimmten politischen Spektrum zuordnen lassen. In vielen Fällen lässt sich dieser politische Hintergrund anhand der RIAS NRW vorliegenden Informationen jedoch nicht eindeutig bestimmen. Grundsätzlich unterscheidet RIAS NRW folgende sieben politisch-weltanschauliche Spektren:

Als **rechtsextrem/rechtspopulistisch** werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit dem rechtsextremen oder dem rechtspopulistischen Spektrum verbunden sind. **Rechtsextremismus** wird als Sammelbegriff für antimoderne, antidemokratische, antipluralistische und menschenrechtsfeindliche Einstellungen, Handlungen und Strömungen verwendet. Verbindende Elemente des Rechtsextremismus sind Ideologien menschlicher Ungleichwertigkeit, das Streben nach ethnischer Homogenität von Völkern und die Unterordnung des Individuums unter die Gemeinschaft. **Rechtspopulismus** wird hingegen als Sammelbegriff für eine abgemilderte und modernisierte Variante des Rechtsextremismus verstanden.

Ein Vorfall wird als **links/antiimperialistisch** klassifiziert, wenn das Vertreten linker Werte oder die Selbstverortung der Personen oder Gruppen in einer linken Tradition einhergeht mit einer binären Weltsicht und einer - häufig befreiungsnationalistischen - Imperialismuskritik.

Unter **christlich/christlicher Fundamentalismus** werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit einem positiven Bezug auf christliche Glaubensinhalte oder Symbole, auch fundamentalistischer Art, verbunden sind und bei denen kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert.

Als **islamisch/islamistisch** werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit einem positiven Bezug auf Glaubensinhalte oder Symboliken unterschiedlicher Islamverständnisse, einschließlich islamistischer, verbunden sind und bei denen kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert.

Dem **verschwörungsideologischen** Milieu werden Gruppen oder Personen zugeordnet, bei denen die Verbreitung antisemitischer Verschwörungsmymen im Vordergrund steht. Diese Personen und Gruppen können im herkömmlichen politischen Spektrum mitunter nicht eindeutig verortet werden.

Auch für das Milieu des **antiisraelischen Aktivismus** gilt, dass es teilweise nicht eindeutig politisch zuzuordnen ist: Hier überwiegt die israelfeindliche Motivation der verantwortlichen Personen oder Gruppen deutlich gegenüber einer Positionierung etwa im linken/antiimperialistischen, rechtsextremen/rechtspopulistischen oder islamisch/islamistischen Milieu. Zum antiisraelischen Aktivismus zählt RIAS NRW beispielsweise säkulare palästinensische Gruppen sowie Aktivist_innen, die antisemitische Boykottkampagnen gegen den jüdischen Staat Israel unterstützen.

Der **politischen Mitte** werden antisemitische Vorfälle zugeordnet, die im Sinne der RIAS-Kategorien weltanschaulich nicht als rechtsextrem/rechtspopulistisch, links/antiimperialistisch oder religiös-fundamentalistisch verortet werden können und deren Akteure für sich beanspruchen, eine demokratische Position einzunehmen.

Datengrundlage

Ein Großteil der dokumentierten Vorfälle wurde RIAS NRW direkt über die mehrsprachige Meldeseite www.rias-nrw.de beziehungsweise www.report-antisemitism.de gemeldet. Jüdische und israelische Organisationen mit Sitz in NRW werden regelmäßig nach antisemitischen Anfeindungen befragt beziehungsweise melden diese. Darüber hinaus fließen auch Erhebungen und Beobachtungen anderer zivilgesellschaftlicher Projekte und Träger, die ebenfalls in der Antisemitismusprävention tätig sind, in diesen Bericht ein, sofern die Frist zur Nachmeldung antisemitischer Vorfälle eingehalten werden kann.

RIAS NRW arbeitet eng mit der Kölner Meldestelle für antisemitische Vorfälle bei der Fachstelle gegen Antisemitismus im NS-Dokumentationszentrum zusammen. Als Kooperationspartner stellt die Kölner Meldestelle unter Berücksichtigung aller datenschutzrechtlichen Vorgaben die Kölner Vorfallszahlen für den Jahresbericht von RIAS NRW zur Verfügung.

Für das Jahr 2024 erfolgte kein Abgleich mit der polizeilichen Statistik zur politisch motivierten Kriminalität (PMK) und den bei RIAS NRW gemeldeten Vorfällen. Ein Abgleich mit der PMK-Statistik unter Berücksichtigung der bereits dargestellten RIAS-Kategorien wird angestrebt.

Zusammenfassung: Antisemitische Vorfälle in NRW 2024

Auch im dritten Erhebungsjahr verzeichnete RIAS NRW einen Anstieg antisemitischer Vorfälle. **940 Vorfälle wurden erfasst**, dies entspricht einer Steigerung von 42 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (664 Vorfälle). Das sind durchschnittlich 18 Vorfälle pro Woche, im Jahr 2023 waren es noch 13 Vorfälle pro Woche.

Insgesamt wurden ein Fall von extremer Gewalt, 18 Angriffe, 22 Bedrohungen, 61 gezielte Sachbeschädigungen, 56 Massenzuschriften, 228 Versammlungen, fünf Diskriminierungen sowie 549 Fälle von verletzendem Verhalten registriert.

Antisemitische Vorfälle mit direkt Betroffenen richteten sich im Jahr 2024 in 244 Fällen gegen Einzelpersonen und in 233 Fällen gegen Institutionen. In 61 Prozent der Fälle mit direkt Betroffenen, also in 149 Vorfällen, waren die Personen jüdisch, israelisch oder als solche adressiert. Von den 233 betroffenen Institutionen waren 33 jüdische, israelische oder als solche adressierte Einrichtungen. Gerade der hohe Anteil von Jüdinnen_Juden unter den Betroffenen, aber auch unter den Institutionen, verdeutlicht, wie häufig Jüdinnen_Juden und jüdische Einrichtungen Ziel antisemitischer Anfeindungen oder gar Angriffe sind, insbesondere im Verhältnis zu ihrem Bevölkerungsanteil. In 463 Fällen wurden antisemitische Äußerungen oder Handlungen ohne direkt Betroffene erfasst. Darunter fallen beispielsweise Schmierereien, Aufkleber oder Versammlungen.

Mit 590 Vorfällen war der israelbezogene Antisemitismus auch im Jahr 2024 die am häufigsten dokumentierte Erscheinungsform. Der Anteil des israelbezogenen Antisemitismus an allen erfassten Vorfällen stieg von 56 Prozent im Jahr 2023 auf knapp 63 Prozent. Während sich im Vorjahr die absolute Mehrheit dieser Erscheinungsform nach dem 7. Oktober 2023 ereignete, bot der Gaza-Krieg im Jahr 2024 eine ganzjährige Gelegenheitsstruktur für antisemitische Vorfälle, die durch aktuelle Kriegsereignisse und spezifische Aktivitäten wie die israelfeindlichen „Protestcamps“ an einigen Universitäten in NRW beeinflusst wurden. Sie äußerten sich vor allem in der

Delegitimierung und Dämonisierung Israels und darin, dass Jüdinnen_Juden in NRW persönlich für das Handeln der israelischen Regierung verantwortlich gemacht wurden.

In 301 Vorfällen wurden Narrative des Post-Schoa-Antisemitismus bedient. Eine Erscheinungsform, die sich in der Leugnung, Relativierung oder Verharmlosung der Schoa artikuliert. In 334 Vorfällen wurde das sogenannte antisemitische Othering erfasst, bei dem Jüdinnen_Juden als der Mehrheitsgesellschaft „fremd“ oder „nicht zugehörig“ markiert werden.

Häufig berührt ein Vorfall mehr als eine Erscheinungsform, so dass im Jahr 2024 vor allem der israelbezogene Antisemitismus in Kombination mit dem Post-Schoa-Antisemitismus (148 Vorfälle) und dem antisemitischen Othering (129 Vorfälle) auftrat. Dies ist vor allem auf den Charakter vieler antiisraelischer Versammlungen zurückzuführen, bei denen immer wieder Gleichsetzungen oder Relativierungen des Gaza-Krieges mit der Schoa vorgenommen wurden.

Die Erscheinungsform des modernen Antisemitismus trat in 92 Fällen auf und zeichnet sich insbesondere durch Verschwörungsmythen aus, etwa wenn Jüdinnen_Juden eine besondere Macht oder eine vermeintliche „Weltverschwörung“ zugeschrieben wird. In 97 Fällen wurde der antijudaistische Antisemitismus dokumentiert, während im Jahr 2023 lediglich 26 Vorfälle dieser Erscheinungsform zugeordnet wurden. Der Anstieg ist auf eine veränderte Kategorisierung der Vorfälle mit der Parole „Kindermörder Israel“ zurückzuführen. Diese Parole, die typische Narrative des antijudaistischen Antisemitismus aufgreift, ohne diese spezifisch religiös zu begründen, wird seit 2024 ebenfalls dieser Erscheinungsform zugeordnet. Die neue Kategorisierung verdeutlicht das Fortwirken solcher antijudaistischer Narrative, die sich teilweise aus ihrem religiösen Kontext gelöst haben.

Die genannten Erscheinungsformen von Antisemitismus beziehen sich jeweils auf die inhaltliche Aussage oder Handlung, lassen aber nicht zwangsläufig Rückschlüsse auf den politisch-weltanschaulichen Hintergrund der Täter_innen zu, da die verschiedenen antisemitischen Erscheinungsformen von allen politisch-weltanschaulichen Milieus ausgehen. Die meisten der 2024 in NRW dokumentierten Vorfälle konnten dem antiisraelischen Aktivismus zugeordnet werden (28 Prozent), gefolgt vom rechts-extremen/rechtspopulistischen Milieu (5,5 Prozent). In jeweils 3,5 Prozent der Fälle konnte ein linker/antiimperialistischer Hintergrund beziehungsweise ein islamischer/islamistischer Hintergrund festgestellt werden. Jeweils weniger als 0,5 Prozent der antisemitischen Vorfälle konnten der politischen Mitte und dem Milieu des christlich/christlichen Fundamentalismus zugeordnet werden. Der Anteil des verschwörungsideologischen Milieus, der 2023 noch bei 5 Prozent lag, ist 2024 auf 2 Prozent

gesunken. Dies spricht nicht für einen tatsächlichen Rückgang antisemitischer Verschwörungserzählungen, die auch von anderen Milieus verbreitet werden, sondern eher für eine geringere öffentliche Präsenz des verschwörungsideologischen Milieus. Dies dürfte vor allem auf den weiteren Rückgang der sogenannten Querdenkerproteste zurückzuführen sein. Mit 57 Prozent konnte der Großteil der erfassten Vorfälle keinem politischen Hintergrund zugeordnet werden. Dies liegt insbesondere daran, dass RIAS NRW den politischen Hintergrund nur dann erfasst, wenn sich dieser eindeutig aus dem Vorfall ergibt, beispielsweise wenn sich die Täter_innen selbst einem entsprechenden Milieu zuordnen. Bei Beschädigungen und Schmierereien bleiben die Täter_innen häufig unbekannt, so dass der politische Hintergrund nicht zugeordnet werden kann, wenn er nicht aus dem Inhalt des antisemitischen Vorfalls hervorgeht. Im Vorjahr konnten noch 71 Prozent keinem politisch-weltanschaulichen Hintergrund zugeordnet werden.

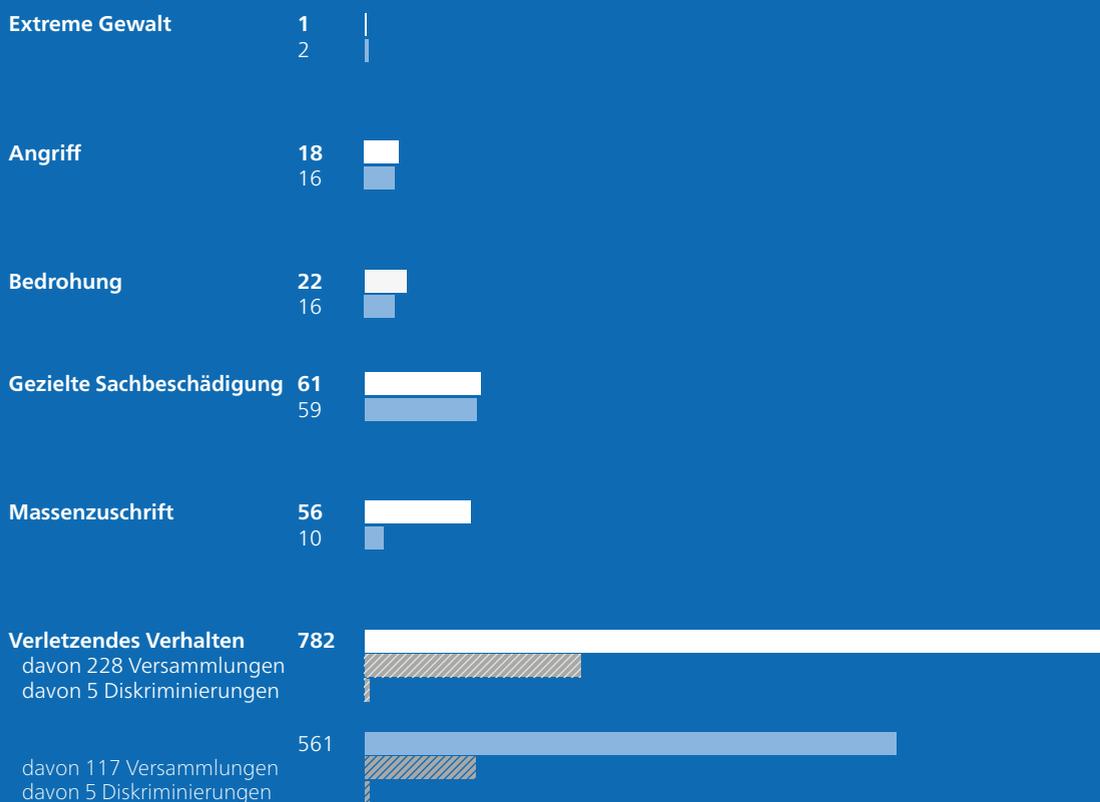
Antisemitische Vorfälle ereigneten sich im Jahr 2024 vor allem im öffentlichen Raum sowie in alltagsprägenden Bereichen. So ereigneten sich die meisten Vorfälle auf der Straße (327 Vorfälle, ein Anstieg um 63 Prozent), in Bildungseinrichtungen (142 Vorfälle, ein Anstieg um 95 Prozent) und in öffentlichen Verkehrsmitteln (74 Vorfälle, ein Anstieg um 57 Prozent). In 101 Fällen (Anstieg um 74 Prozent) wurden Gedenkort, die an die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus erinnern, gezielt angegriffen. In 20 Fällen erlebten die Betroffenen Antisemitismus in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld, was etwa einer Halbierung der Vorfälle entspricht (42 im Vorjahr). Gerade in der Zeit unmittelbar nach dem 7. Oktober kam es 2023 zu Markierungen von Wohnorten von Jüdinnen_Juden, die ebenfalls gezielt in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld angefeindet wurden - diese RIAS NRW bekannt gewordenen Vorfälle sind 2024 zurückgegangen. Auch die Fälle an öffentlichen Gebäuden sind von 71 auf 17 zurückgegangen. Diese waren im Vorjahr vor allem wegen gehisster Israelflaggen zur Zielscheibe geworden, die mittlerweile in fast keiner Kommune mehr gehisst werden. Auch hier kann also der Wegfall einer Tatgelegenheit, eine Veränderung der Gelegenheitsstruktur, für den Rückgang der Vorfälle verantwortlich sein. Der Tatort Kunst- und Kultureinrichtungen wurde im Jahr 2024 neu eingeführt und in 20 Vorfällen registriert. Drei Fälle wurden in und an Synagogen dokumentiert. Darüber hinaus wurden Vorfälle in Stadien (4), im Gewerbe (8), am Arbeitsplatz (8), in öffentlichen Grünanlagen (30), auf Privatgelände (3), in der Gastronomie (3), in Geschäftsstellen (12) und an jüdischen Friedhöfen (2) erfasst. 151 Vorfälle ereigneten sich im Internet. 15 Vorfälle fielen unter die Kategorie Sonstiges.

Von den insgesamt 940 Vorfällen wurden nach Angaben der Meldenden nur 194 Vorfälle, also 21 Prozent, bei der Polizei angezeigt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass RIAS NRW sowohl strafrechtlich relevante Vorfälle als auch Vorfälle unterhalb der Strafbarkeitsgrenze erfasst.

Statistik auf einen Blick

Art des Vorfalls

im Vergleich 2023 und 2024



Geografische Verteilung

im Vergleich 2023 und 2024

940 Vorfälle insgesamt



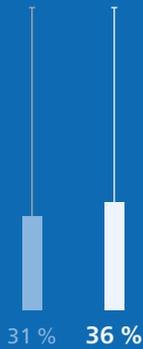
Vier Vorfälle konnten keinem Regierungsbezirk zugewiesen werden.

Erscheinungsformen

2023 und 2024

Häufig können antisemitische Aussagen im Rahmen eines Vorfalls mehrfach klassifiziert werden. Deshalb ist die Anzahl von Zuordnungen prozentual größer als 100%.

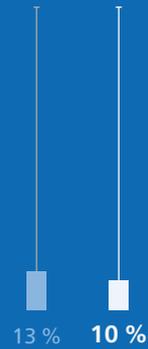
antisemitisches
Othering



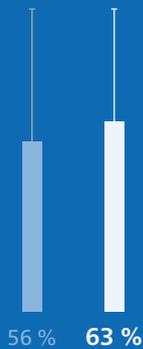
antijudaistischer
Antisemitismus



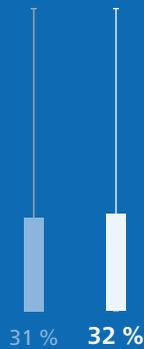
moderner
Antisemitismus



israelbezogener
Antisemitismus

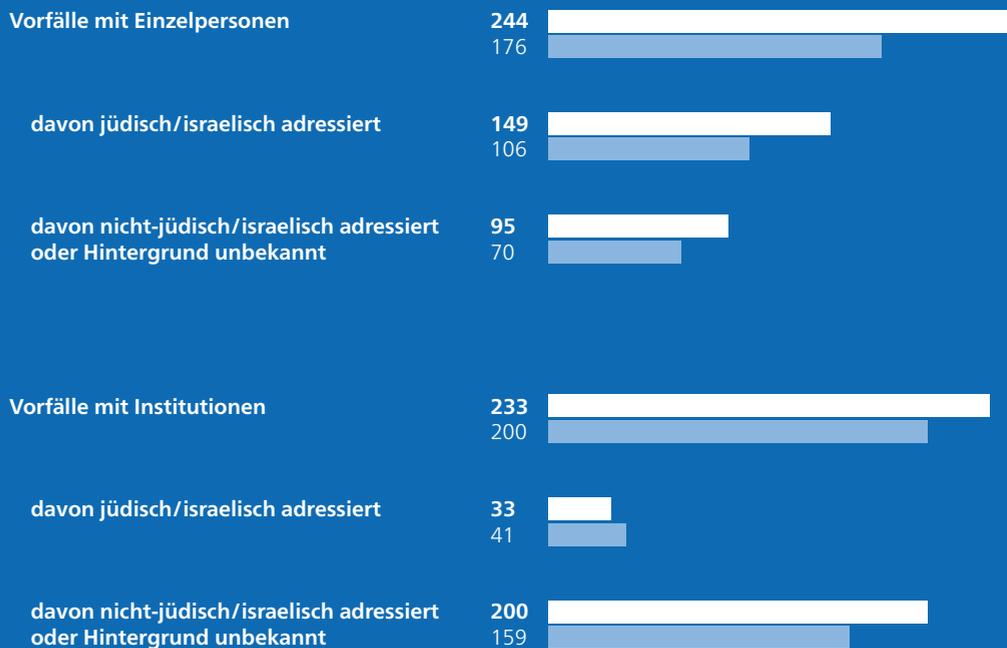


Post-Schoa-
Antisemitismus

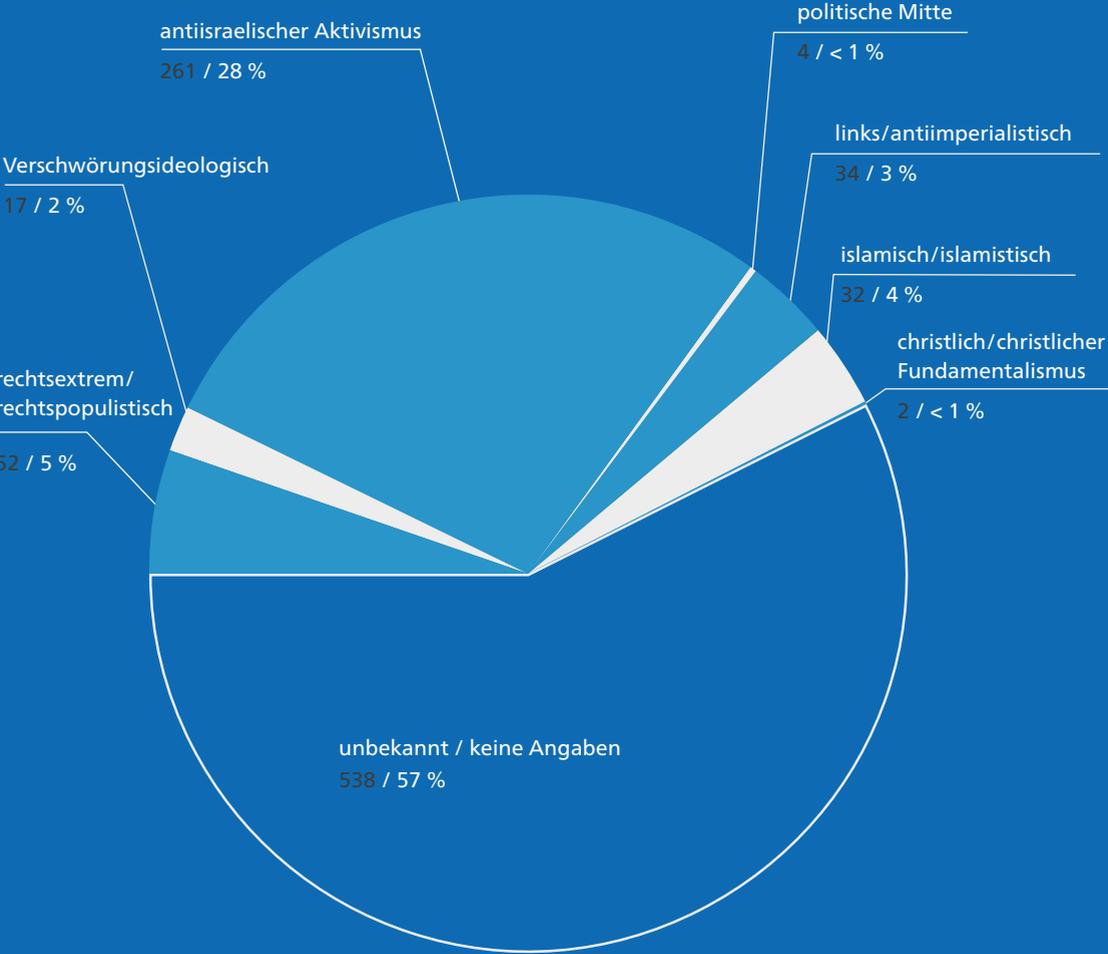


Vorfälle mit Betroffenen

2023 und 2024



Politisch-weltanschaulicher Hintergrund



Politisch-weltanschaulicher Hintergrund

2023 und 2024

	2023	2024
rechtsextrem/rechtspopulistisch	25	52
verschwörungsideologisch	32	17
antiisraelischer Aktivismus	84	261
politische Mitte	7	4
links/antiimperialistisch	20	34
islamisch/islamistisch	21	32
christlich/christlicher Fundamentalismus	2	2
unbekannt/keine Angaben	473	538

Tatorte

2023 und 2024

Straße

201 ↗ 327



Internet

75 ↗ 151



Bildungseinrichtungen

73 ↗ 142



Gedenkort

58 ↗ 101



Öffentliche Verkehrsmittel

47 ↗ 74



Öffentliche Grünanlagen

9 ↗ 30



Wohnumfeld

42 ↘ 20



Kunst- und Kultureinrichtungen¹

20



Öffentliche Gebäude

71 ↘ 17



Sonstige

10 ↗ 14



Geschäftsstellen

6 ↗ 12



Gewerbe

16 ↘ 8



Arbeitsplatz

9 ↘ 8



Stadion

20 ↘ 4



Synagogen

8 ↘ 3



Gastronomie

7 ↘ 3



Privatgelände

7 ↘ 3



Friedhöfe

3 ↘ 2



unbekannt/keine Angabe

0 ↗ 1



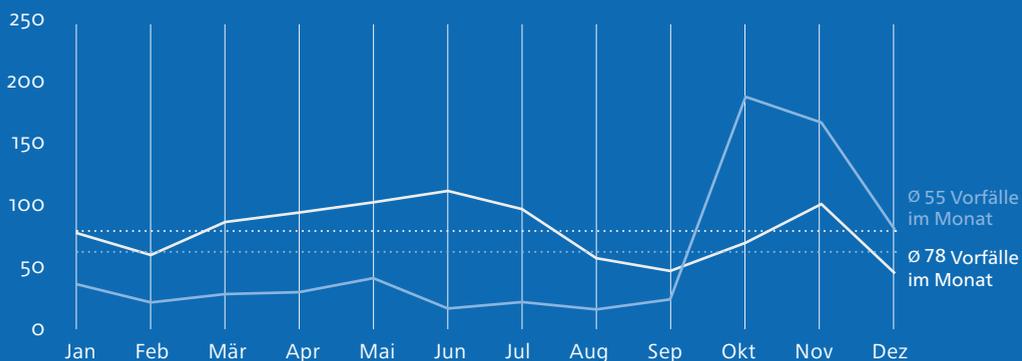
Offline : 789 | Online: 151²

¹ Der Tatort Kunst- und Kultureinrichtungen wurde 2024 neu eingeführt, so dass für 2023 keine Vergleichszahlen vorliegen.
² Erfasst werden nur persönlich adressierte Anfeindungen und mit NRW-Ortsbezug.

Vorfälle nach Monaten

2023 und 2024

Jahr	2023	2024
Januar	32	76
Februar	22	60
März	26	86
April	28	93
Mai	34	102
Juni	21	111
Juli	23	97
August	17	57
September	26	47
Oktober	191	69
November	165	99
Dezember	79	43

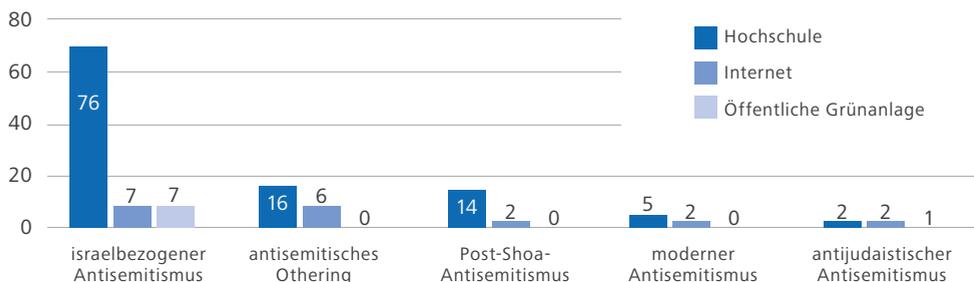


Analysen antisemitischer Vorfälle

SCHWERPUNKT: ANTISEMITISMUS AN HOCHSCHULEN

Die Anzahl der von RIAS NRW dokumentierten Vorfälle an Hochschulen beträgt 79. Im Vergleich zu den 25 dokumentierten Vorfällen an Hochschulen im Jahr 2023 bedeutet dies eine Steigerung um 216 Prozent. Der Gesamtanteil der RIAS NRW bekannt gewordenen Vorfälle an Hochschulen ist damit von 4 auf 8 Prozent gestiegen. Neben dem Tatort „Hochschule“ werden in diesem Kapitel auch Vorfälle erfasst, die sich in unmittelbarer Nähe zu und mit Bezug zu Hochschulen ereignet haben. So wurden Vorfälle, die sich in den antiisraelischen „Protestcamps“ ereigneten, als Tatort Grünanlage erfasst, da einige dieser „Protestcamps“ nicht auf dem Hochschulgelände, sondern auf Grünflächen vor den Hochschulen stattfanden. Vorfälle, die sich in studentischen WhatsApp-Gruppen ereigneten, wurden dem Tatort Internet zugeordnet. Damit ergibt sich eine Gesamtzahl von 96 dokumentierten Vorfällen im Hochschulkontext. Hinsichtlich der Erscheinungsformen handelt es sich bei 84 Prozent der 96 dokumentierten Vorfälle um israelbezogenen Antisemitismus, bei 23 Prozent um Othering, bei 17 Prozent um Post-Shoa-Antisemitismus, bei 8 Prozent um modernen Antisemitismus und bei 5 Prozent um antijudaistischen Antisemitismus. Bei der überwiegenden Mehrheit der dokumentierten antisemitischen Vorfälle (79 Prozent) bestand zudem ein Bezug zu dem von der Hamas und anderen palästinensischen Gruppen verübten vernichtungsantisemitischen Massaker vom 7. Oktober 2023. Vorfälle können dabei gleichzeitig verschiedenen Erscheinungsformen zugeordnet werden.

Erscheinungsformen und Tatorte



Betrachtet man die Verschränkungen unterschiedlicher Erscheinungsformen, so fällt auf, dass sowohl das antisemitische Othering als auch der Post-Schoa-Antisemitismus an Hochschulen in Kombination mit israelbezogenem Antisemitismus auftreten. Im Falle des Post-Schoa-Antisemitismus wurden RIAS NRW Vorfälle bekannt, in denen beispielsweise eine Gleichsetzung Israels mit dem Nationalsozialismus stattfand, die zu einer Relativierung des Nationalsozialismus und des Holocaust sowie zu einer Dämonisierung und Delegitimierung des jüdischen Staates führt. Dies zeigt zum einen eine Instrumentalisierung des Gedenkens an die Schoa zur Legitimierung antiisraelischer Positionen. Zum anderen verdeutlichen die dokumentierten Vorfälle beider Erscheinungsformen, inwiefern im akademischen Bereich ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Abwehr der Auseinandersetzung mit der Schoa, dem Nicht-Begreifen des Antisemitismus in seiner historischen wie auch aktuellen Form und dem Angriff auf Israel besteht. Gleichzeitig wird das Gedenken an die Schoa instrumentalisiert, um Israel zu delegitimieren und zu dämonisieren. Jüdische und israelische Hochschulangehörige sind daher häufig in mehrfacher Hinsicht von Antisemitismus betroffen.

Der Genozidvorwurf gegen Israel wurde bereits lange vor dem jüngsten Krieg seit dem 7. Oktober 2023 erhoben. RIAS dokumentiert Vorfälle mit Genozidvorwürfen, wenn diese zum Beispiel eine Gleichsetzung Israels mit dem Nationalsozialismus beinhalten oder in anderer Weise explizit antisemitische Stereotype reproduzieren. Der Zionismus als jüdische Nationalbewegung wird zudem generell als „Kolonialismus“ oder auch „Siedlerkolonialismus“ delegitimiert und dämonisiert. Der folgende Vorfall zeigt, dass diese Vorwürfe auch an Hochschulen in NRW von antiisraelischen Aktivist_innen vorgebracht wurden:

Düsseldorf, 1. Juli

Am 1. Juli blockierten zehn antiisraelische Aktivist_innen, verumumt mit Kufiya (dem so genannten Palästinensertuch), den Eingang der Universitätsbibliothek der Heinrich-Heine-Universität. Ein Teilnehmer der Blockade rief: „This university funds the settler colonial state of Israel“. Eine weitere Teilnehmerin rief: „Die HHU hat nichts aus der Geschichte Deutschlands gelernt“. In Sprechchören wurden weitere antisemitische Parolen gerufen, die den Staat Israel delegitimieren und den Krieg in Gaza mit der Schoa gleichsetzen: „Solidarität heißt Widerstand, Kampf dem Zionismus in jedem Land“, „Was habt ihr aus der Geschichte gelernt?“, „We don´t want the zionist here“, „Settlers, Settlers go back home, Palestine is our home“ und „Falestine Arabiye“. Außerdem wurde der palästinensische Terror in weiteren Sprechchören verherrlicht und zur Terrorunterstützung aufgerufen:

„Palästina darf sich wehren, mit Steinen und mit Gewehren“, Yalla Yalla Widerstand in jedem Land“, „There is only one solution, Intifada revolution“, „Restistance is justified when people are occupied“. Es bildete sich eine Traube von Unterstützer_innen, die diese Sprechchöre mitsangen. Die Polizei räumte die Blockade.

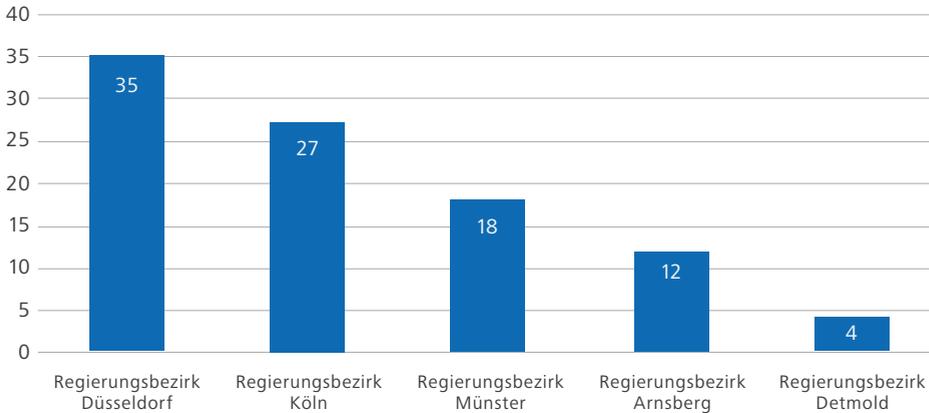
Die Parolen „Palästina darf sich wehren, mit Steinen und Gewehren“ und „There is only one solution, Intifada revolution“ verdeutlichen die terrorlegitimierenden und -verherrlichenden Inhalte, die im Hochschulkontext registriert wurden und wiederholt Bestandteil antisemitischer Vorfälle waren. So dokumentierte RIAS NRW allein sechs Vorfälle mit antisemitischen Stereotypen, die zudem zum bewaffneten Widerstand in Form einer Intifada¹ aufriefen.

Hinsichtlich des politisch-weltanschaulichen Hintergrunds der Vorfälle lassen sich 59 Prozent dem antiisraelischen Aktivismus zuordnen, 5 Prozent dem linken/antiimperialistischen Milieu, jeweils 2 Prozent dem islamischen/islamistischen Milieu und dem verschwörungsideologischen Milieu, 1 Prozent dem rechtsextremen/rechtspopulistischen Milieu und in 30 Prozent der Fälle ist der politisch-weltanschauliche Hintergrund unbekannt. Der vergleichsweise geringe Anteil von Akteur_innen mit linkem/antiimperialistischem, islamischem/islamistischem oder rechtsextremen/rechtspopulistischem politisch-weltanschaulichem Hintergrund ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass es sich beim israelbezogenen Antisemitismus um eine verbindende Ideologie verschiedener politisch-weltanschaulicher Gruppen und Strömungen handelt, die sich im gemeinsamen Feindbild „Israel“ beziehungsweise „Zionismus“ treffen. Teile dieser Strömungen können daher auch im antiisraelischen Aktivismus zusammenfinden, dem die meisten Vorfälle an Hochschulen zuzurechnen sind. An Hochschulen vereinen sich hier vor allem linke/antiimperialistische sowie islamische/islamistische Akteur_innen.

Vorfälle an Universitäten und Hochschulen wurden in zahlreichen Städten in NRW dokumentiert. Die regionale Verteilung nach Regierungsbezirken zeigt, dass sich mit 35 von 96 mehr als ein Drittel der Vorfälle im Regierungsbezirk Düsseldorf ereignet hat, gefolgt von Köln (27), Münster (18), Arnsberg (12) und Detmold (4).

1 „Das Wort ‚Intifada‘ bezeichnet im Kontext des palästinensisch-israelischen Konflikts palästinensische Aufstände gegen Israel. Der Begriff kommt aus dem Arabischen und bedeutet so viel wie ‚sich erheben‘, ‚loswerden‘, ‚abschütteln‘, womit die sogenannte israelische Besatzung gemeint ist.“ (RIAS Bayern (2014). „Free Palestine from German guilt“? Israelbezogener Antisemitismus in Bayern nach dem 7. Oktober, S. 114. Online unter https://www.report-antisemitism.de/documents/Israelbezogener-Antisemitismus_in_Bayern_nach_dem_7_Oktober.pdf)

Hochschulbezogene Vorfälle nach Regierungsbezirken



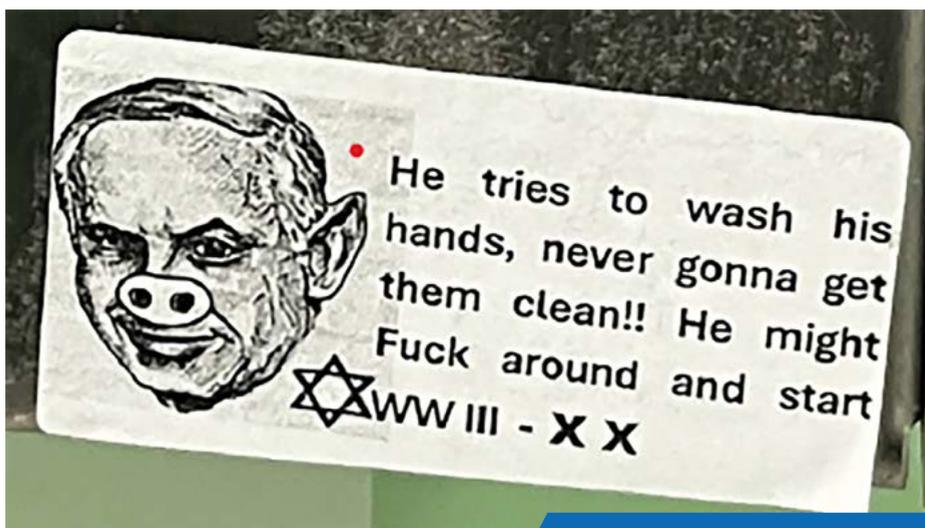
Antisemitische Vorfälle wurden dabei nicht nur in Ballungsgebieten und an großen Universitäten, sondern auch an kleineren Hochschulen sowie außerhalb der Großstädte dokumentiert. Insgesamt ereigneten sich 16 der 96 dokumentierten Fälle an Fachhochschulen, zum Beispiel in Kleve:

Kleve, 30. April

In einer Sitzung des Studierendenparlaments (StuPa) der FH Kleve wurden in Anwesenheit der jüdischen AStA-Vorsitzenden Bezüge zwischen dem Holocaust und dem Krieg in Gaza sowie zwischen dem Umgang mit antiisraelischen Aktivist_innen und der Judenverfolgung während des Nationalsozialismus hergestellt. Ein Mitglied äußerte „Not just Gaza and the Westbank, all of Palestine“ und delegitierte damit den jüdischen Staat. Eine andere Aussage beinhaltete eine Gleichsetzung der antiisraelischen Proteste mit der Verfolgung während des Holocaust: „During the Holocaust people just wanted to protest“, was sich auf die aktuellen Repressionen gegenüber antiisraelischen Aktivist_innen bezog. Ein weiterer Kommentar bediente sich einer „Schuld kult“-Rhetorik, nach der man in Deutschland aufgrund der Vergangenheit nicht offen sprechen dürfe: „In Germany you are not allowed to say it ‚for some reason‘“. Diese Äußerungen reihen sich ein in eine Serie antisemitischer Vorfälle, die die jüdische AStA-Vorsitzende bis zu ihrem Rücktritt erlebte.

Rheinland, 18. Oktober

In einem Toilettenraum einer Hochschule im Rheinland wurde ein Aufkleber gefunden, der eine Karikatur des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu mit einer Schweinenase und langen Ohren zeigt. Daneben findet sich ein Davidstern. Im danebenstehenden Text - „He tries to wash his hands, never gonna get them clean!! He might Fuck around and start WW III - X X“ - steht „WW III“ für den dritten Weltkrieg, World War 3. Das folgende „XX“ soll allgemein für potentiell folgende Weltkriege stehen, für die Israel verantwortlich gemacht wird.



Rheinland, 18. Oktober

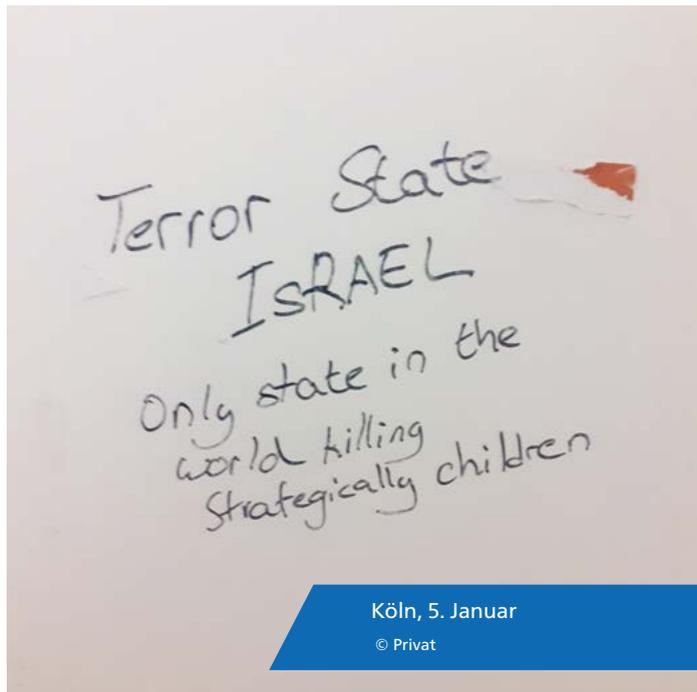
© Privat

Die Verunglimpfung von Jüdinnen_Juden als Schweine ist als antijudaistisches Motiv sowohl aus der christlichen als auch aus der islamischen Tradition bekannt. Im israel-bezogenen Antisemitismus werden tradierte Motive des vormodernen sowie des modernen Antisemitismus auf Repräsentant_innen des jüdischen Staates bezogen - in diesem Fall auf Ministerpräsident Benjamin Netanjahu. Es handelt sich dabei um eine Dämonisierung Israels durch eine jahrhundertealte antisemitische Bildsprache, die auch im rassistischen Antisemitismus des Nationalsozialismus immer wieder aufgegriffen wurde. Hinzu kommt die Darstellung Netanjahus - der in diesem Kontext aufgrund der antisemitischen Darstellung als Repräsentant des jüdischen Staates Israel schlechthin zu verstehen ist - als „dreckig“ und „schuldig“, der versuche, sich von Schmutz und Schuld reinzuwaschen, was ihm aufgrund seiner wesenhaften Böserartigkeit nie gelingen werde. Und auch das antisemitische Motiv der Jüdinnen_Juden als „Kriegstreiber“ taucht hier mit Bezug auf Netanjahu und Israel wieder auf. Israel als jüdischem Staat wird hier, analog zum Judenbild in der Vormoderne und insbesondere zum modernen Antisemitismus, Skrupellosigkeit („He might Fuck around“), Kriegslüsterheit und somit eine natürliche Böserartigkeit unterstellt, womit wiederum klassische antisemitische Stereotype auf den Staat Israel übertragen werden.

Die meisten der dokumentierten antisemitischen Vorfälle im Kontext von Hochschulen in NRW (80 von 96) sind Universitäten zuzurechnen.

Köln, 5. Januar

In der Frauentoilette der Bibliothek der Universität zu Köln wurden mehrere antisemitische, antiisraelische und terrorverherrlichende Schmierereien gefunden. Die antisemitischen Schmierereien im Wortlaut: „Terror State Israel“ und „Only state in the world killing Strategically children“. Darüber hinaus wurden folgende antiisraelische und terrorverherrlichende Schmierereien dokumentiert: „Scheiß Zionisten!“ (inklusive eines roten Dreiecks über „Zionisten“), „Free Palestine“ und „Pro Widerstand!“. Die Schmierereien wurden direkt dem Bibliothekspersonal gemeldet, welches lediglich darauf hinwies, dass diese in den Toiletten standardmäßig einmal pro Woche entfernt würden.



Neben dämonisierenden Parolen gegen Israel, die den Staat als terroristisch und kindermordend verunglimpfen, was an die christliche Ritualmordlegende erinnert, fällt bei diesen Vorfällen das „rote Dreieck“ auf. Dieses Symbol wird von der Hamas zur Feindmarkierung in Propagandavideos verwendet und kennzeichnet zum Abschuss freigegebene Ziele. Das Symbol ist mittlerweile vom Bundesinnenministerium als Kennzeichen einer verbotenen Organisation eingestuft worden und taucht immer wieder im Zusammenhang mit antisemitischen Vorfällen auch an Hochschulen auf. Das Symbol wird vor allem von jüdischen/israelischen Hochschulangehörigen als bedrohlich empfunden.

Münster, 5. Mai

Linke/antiimperialistische und Studierendengruppen aus dem antiisraelischen Aktivismus der Universität Münster riefen zu einer Kundgebung auf dem Campus auf, um sich mit den antiisraelischen Protesten an amerikanischen Universitäten zu solidarisieren. In einer Rede einer lokalen antiisraelischen Studentengruppe dämonisierte und delegitimierte der Redner Israel, indem er behauptete, dass Israel „seit 75 Jahren Palästinenser unterdrückt, belagert und tötet“. Zudem bediente er eine „Schuld kult“-Rhetorik und relativierte gleichzeitig

die Schoa: „Wenn Geschichte gelehrt wird, aber nicht daraus gelernt wird, ist sie leer. Begriffe wie Antisemitismus werden instrumentalisiert, um mit Staat und Kapital konform zu sein, um sich von der eigenen historischen Schuld gegenüber Juden reinzuwaschen, ist das nicht nur eine Verhöhnung der Geschichte, sondern auch eine Wiederholung dessen. Nie wieder gilt für alle.“ Darüber hinaus wurden auf der Kundgebung „Genozid“- „Apartheid“- und „Siedlerkolonialismus“-Vorwürfe gegen Israel, Aufrufe zur Vernichtung Israels („From the river to the sea - Palestine will be free“) als auch die Legitimierung antisemitischen Terrors als „Recht auf Widerstand“ dokumentiert.

Ein wiederkehrendes Motiv, insbesondere bei Versammlungen, war die Delegitimierung und Dämonisierung Israels als „Apartheidstaat“. So dokumentierte RIAS NRW allein sieben antisemitische Vorfälle im Rahmen des „Camp for Palestine Uni Köln“ an der Universität zu Köln, das wir dem Tatort „Öffentliche Grünanlage“ zugeordnet haben, da sich das „Protestcamp“ nicht auf dem Gelände der Universität, sondern in unmittelbarer Nähe und Sichtweite des Hauptgebäudes befand. Im „Protestcamp“ war ein Banner mit der Aufschrift „Apartheid“ zu sehen. Insgesamt wurde in 29 der 96 dokumentierten hochschulbezogenen Fälle neben anderen antisemitischen Narrativen auch der Vorwurf der Apartheid registriert. Ziel dieses Vorwurfs ist es, Israel als einen „strukturell rassistischen“ Staat zu delegitimieren, dessen Gesellschaft und staatliche Strukturen per se auf Rassismus basieren würden und dem damit letztlich die Existenzberechtigung abgesprochen wird. Neben der Delegitimierung spielt dabei auch die Dämonisierung des Staates und tendenziell aller seiner Angehörigen und Verteidiger_innen eine Rolle, denen hier - analog zum Vorwurf des „(Siedler-) Kolonialismus“ - eine „Mittäterschaft“ zugeschrieben wird und Israel damit als Unrechtsstaat charakterisiert wird. Insofern sehen sich jüdische und israelische Hochschulangehörige immer wieder dem Vorwurf der Mittäterschaft ausgesetzt, wenn sie sich nicht eindeutig und bestenfalls vorsorglich sowohl vom Staat Israel als auch vom Zionismus distanzieren. Damit werden diese Hochschulangehörigen zu „Anderen“ und Mitverantwortlichen für die israelische Politik gemacht, so dass auch in diesen Fällen eine Verschränkung von antisemitischem Othering und israelbezogenem Antisemitismus zu beobachten ist.

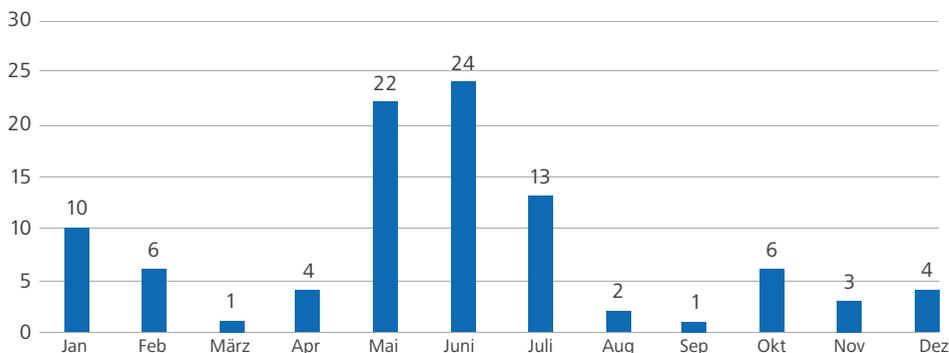
19 der insgesamt 96 dokumentierten antisemitischen Vorfälle an Hochschulen ereigneten sich im unmittelbaren Kontext der sogenannten „Protestcamps“, beispielsweise an der Universität in Wuppertal:

Wuppertal, 15. Mai

Im Rahmen des antiisraelischen „Protestcamps“ an der Bergischen Universität Wuppertal wurde ein Transparent mit der Parole „From the sea to the river, palestine will live forever“ an das Universitätsgebäude gehangen. Die Parole leugnet das Existenzrechts Israels und zielt auf eine Einstaatenlösung in Form eines arabisch-palästinensischen Staates ab.

Derartige antiisraelische „Protestcamps“ fanden im Jahr 2024 an sechs Universitäten und Hochschulen in Nordrhein-Westfalen statt und stellten bundesweit ein Novum antiisraelischer Agitation im Hochschulkontext dar. So konnten in Nordrhein-Westfalen antisemitische Vorfälle im Rahmen der „Protestcamps“ an der RWTH Aachen, der Universität Bonn, der FH beziehungsweise TU Dortmund, der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, der Universität zu Köln und der Bergischen Universität Wuppertal dokumentiert werden. Betrachtet man die Verteilung antisemitischer Vorfälle im Kontext von Hochschulen nach Monaten - durchschnittlich zwei pro Woche -, dann fällt die starke Häufung in den Monaten Mai bis Juli auf.

Hochschulbezogene Vorfälle nach Monaten



Diese Häufung fällt nicht nur mit der Vorlesungszeit zusammen, sondern auch mit dem Aufkommen der „Protestcamps“ in NRW, deren erstes Anfang Mai an der Universität zu Köln dokumentiert wurde und deren letztes vorerst Mitte Januar 2025 an der RWTH Aachen endete. Vor dem Hintergrund des Anstiegs antisemitischer Vorfälle an Hochschulen im Zeitraum der Entstehung der „Protestcamps“ erscheint ein direkter Zusammenhang zwischen den „Protestcamps“ und dem Anstieg der dokumentierten antisemitischen Vorfälle naheliegend. Antisemitische Transparente und Plakate in den „Protestcamps“ zählte RIAS NRW jeweils als einen Vorfall verletzenden Verhaltens. Auch wenn die Transparente und Plakate teilweise über Tage und Wochen hinweg sichtbar waren, wurden sie jeweils nur einmal erfasst. Aussagen in Redebeiträgen und Vorträgen, die in den „Protestcamps“ gehalten und RIAS NRW bekannt wurden, zählte RIAS NRW als antisemitische Versammlung am jeweiligen Tag des „Protestcamps“. Neben den dokumentierten Vorfällen ist von einer hohen Dunkelziffer nicht gemeldeter beziehungsweise nicht bekannt gewordener antisemitischer Vorfälle im Rahmen der „Protestcamps“ auszugehen, da diese auch als Treffpunkt und Mobilisierungszentrum für antiisraelische Aktionen an den Hochschulen und in den Städten fungierten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass RIAS NRW mit der neuen zentralen Beratungs- und Monitoringstelle an Hochschulen erst ab dem Jahr 2025 ein aktives Monitoring an Hochschulen in NRW durchführt, so dass für das Jahr 2024 ein großes Dunkelfeld antisemitischer Vorfälle wahrscheinlich ist.

Die beschriebene Scharnierfunktion der „Protestcamps“ hatte auch unmittelbare Auswirkungen auf jüdische und israelische Studierende. Auf dem „Protestcamp“ an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf wurde im Juni 2024 ein Transparent mit der Aufschrift „Resistance is justified when people are occupied“ aufgehängt, das als Rechtfertigung und Verherrlichung des vernichtungsantisemitischen Massakers vom 7. Oktober 2023 verstanden werden kann und damit eine unmittelbare Bedrohungslage für jüdische und israelische Hochschulangehörige schuf.² Im selben „Protestcamp“ referierte wenige Tage später ein ehemaliger Sprecher einer verbotenen Vereinigung aus Duisburg und trug dabei ein T-Shirt mit der Silhouette Israels und der Aufschrift „Occupied“.

2 In diesem Kontext dokumentierte die Amadeu Antonio Stiftung in ihrer Chronik zu antisemitischen Vorfällen: „Eine Person mit Israelflagge wird eingeschüchtert, indem deren Wohnort laut gebrüllt wird“. Online unter <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/chronik/antisemitisches-protestcamp-an-heinrich-heine-universitaet/>

Diese kaum verhohlene Form des Erlösungsantizionismus,³ die auch im „Protestcamp“ der Universität Bonn in Form des Sprechchors „Falestin Arabiye“ (übersetzt „Palästina ist arabisch“) skandiert wurde, wurde von jüdischen Hochschulangehörigen als bedrohlich empfunden und führte dazu, dass sie die Universitäten zunehmend mieden und sich zurückzogen.

Die „Protestcamps“ waren insgesamt gekennzeichnet durch eine Raumnahme an den Hochschulen in Form von Aufklebern, Transparenten, Kreideparolen auf dem Boden, Schmierereien auf Toiletten und in Seminarräumen, aber auch in Form von Blockaden der Eingangstüren (an den Universitäten Bonn, Düsseldorf, Köln). Insofern sind die „Protestcamps“ auch als Versuch der Machtdemonstration zu verstehen. Die enge Vernetzung der „Protestcamps“ zeigte sich unter anderem darin, dass die gleichen Transparente ebenfalls an anderen Orten verwendet wurden und die jeweils anderen „Protestcamps“ auch personell vor Ort unterstützt wurden. Während nicht alle Teilnehmer_innen der „Protestcamps“ Student_innen waren, wirkten verummumte Aktivist_innen, die ihre Kufiya wie palästinensische Terroristen trugen, besonders bedrohlich und einschüchternd auf die Betroffenen. Gleichzeitig fanden an vielen Universitäten und Hochschulen, an denen keine „Protestcamps“ stattfanden, regelmäßig antiisraelische Kundgebungen statt, so zum Beispiel in Kleve, Münster oder Siegen.

Auch wenn der Anteil allein agierender islamischer oder islamistischer Akteur_innen an dem dokumentierten Vorfallsgeschehen an Hochschulen insgesamt eher gering ist, waren entsprechende Gruppen - oft in Zusammenarbeit mit weiteren Akteur_innen - an mehreren Hochschulen in Nordrhein-Westfalen an antisemitischen Vorfällen beteiligt oder organisierten selbst Versammlungen, auf denen israelbezogene antisemitische Stereotype verbreitet wurden. Dokumentiert wurde dies zum Beispiel an den Universitäten in Bochum und Siegen:

Bochum, 16. Mai

Eine islamische/islamistische Gruppe aus Bochum rief zu einer Kundgebung an der Ruhr-Universität Bochum auf. Geschlechtergetrennt

3 Mit dem Begriff „Erlösungsantisemitismus“ beschrieb Saul Friedländer das in der antisemitischen Vernichtungsideologie des Nationalsozialismus liegende Erlösungsversprechen. Im israelbezogenen Antisemitismus „erscheint heute ein offener, moderner Erlösungsantisemitismus beispielsweise [...] oft als camouflierter, modernisierter Erlösungsantizionismus, der die Befreiung der Menschheit und des eigenen Selbst an die Vernichtung des jüdischen Staates koppelt“. (Beyer, Rensmann, Brögeler, Jäger & Schulz (2024). Antisemitismus in der Gesamtgesellschaft von Nordrhein-Westfalen im Jahr 2024, S. 78. Online unter https://www.antisemitismusbeauftragte.nrw/sites/default/files/2024-09/Abschlussbericht_Antisemitismus_in_NRW_2024.pdf)

standen die Demonstrationsteilnehmer_innen am Eingang der Universität Spalier und skandierten Sprechchöre wie „Wir sind eine Umma“. Auf einem Plakat einer Teilnehmerin wurde der Terror der Hamas relativiert und Israel dämonisiert: „Alles begann am 7. Okt. 1948“.

Siegen, 18. Juli

An einem Infostand, der von studentischen Gruppen aus dem anti-israelischen Aktivismus und dem islamistisch/islamistischen Milieu auf dem Universitätsgelände organisiert wurde, wurden Aufkleber verteilt, die die Silhouette Israels als palästinensisch markieren und damit dem jüdischen Staat das Existenzrecht absprechen.

Betrachtet man die Art der bekannt gewordenen Vorfälle, so wurden 90 Fälle von verletzendem Verhalten (davon 32 Versammlungen), zwei Massenzuschriften, zwei Bedrohungen und zwei Angriffe dokumentiert. Einer der gewalttätigen Angriffe ereignete sich an der Universität Bonn im Rahmen eines wissenschaftlichen Vortrags zum Thema Judenfeindschaft.

Bonn, 3. Juni

Das „Referat für politische Bildung“ des AstA der Universität Bonn organisierte einen Vortrag mit einem renommierten Antisemitismusforscher unter dem Titel „Die Gegenwart des Antisemitismus: Zur kritischen Analyse von Judenfeindschaft heute“. Es kam während des Vortrags zu mehreren Störungen durch antiisraelische Aktivist_innen, die Parolen riefen und kurze Statements vorlasen. Andere Besucher_innen forderten die Störer_innen auf, den Hörsaal zu verlassen, nachdem man Gesprächsangebote vom Referenten ignoriert hatte. Daraufhin versuchte einer der Störer, der gerade aufgestanden war und Parolen rief, einen Mann zu schlagen, der die Situation filmte. Es kam zu einer Rangelei, um den Störer von seinem Opfer zu trennen, bei der eine andere Person durch den Störer in den Schwitzkasten genommen wurde. Der Sicherheitsdienst beendete die Situation und verwies die Störer des Universitätsgebäudes.

Bei den insgesamt 32 Vorfällen mit konkret betroffenen Einzelpersonen oder Institutionen handelte es sich in 24 Fällen um Einzelpersonen und in acht Fällen um Institutionen. Betroffene Institutionen im Hochschulkontext sind beispielsweise Studierendenvertretungen, Institute oder studentisch verwaltete Cafés. Vorfälle im Hochschulkontext stellen für die Betroffenen insofern eine besondere Gefahr dar, als

sie dort häufig nicht anonym sind, sondern als konkrete Personen identifizierbar und potentielle Opfer von Doxing (Sammlung und anschließende Veröffentlichung von persönlichen Daten im Internet) sowie von gewalttätigen Übergriffen werden können. Dies führte unter anderem dazu, dass zwei jüdische Student_innen in Nordrhein-Westfalen von repräsentativen Ämtern an Hochschulen zurücktraten. Ein Großteil der jüdischen Student_innen in NRW berichtet davon, sich (hochschul-)öffentlich nicht mehr als jüdisch zu erkennen zu geben. In Beratungsgesprächen äußerten betroffene jüdische Student_innen, dass sie mit dem Gedanken spielen, NRW und Deutschland zu verlassen. Dies ist eine Folge der als massiv verschärft empfundenen Bedrohungslage für jüdische und israelische Hochschulangehörige nach dem 7. Oktober 2023.

Ein Grund dafür, dass sich Betroffene häufig nicht an die Polizei wenden, ist, dass antisemitische Vorfälle häufiger keine (straf-)rechtlichen Konsequenzen nach sich ziehen. Viele Betroffene haben den Eindruck, dass eine Anzeige bei der Polizei oder eine Meldung des Vorfalls an die Hochschulverwaltung beziehungsweise -leitung keine Konsequenzen hat.⁴ Zudem fehlt (potenziell) Betroffenen häufig noch das Vertrauen in die zuständigen Personen beziehungsweise Anlaufstellen. Und selbst wenn zum Beispiel antisemitische Schmierereien mehr oder weniger zeitnah entfernt werden, fehlen den Hochschulleitungen nach eigenen Angaben oft die Mittel, um jüdische und israelische Hochschulangehörige ausreichend zu schützen.

Auch die dem antiisraelischen Aktivismus zuzurechnende antisemitische „Boycott, Divestment and Sanctions (BDS)“-Kampagne⁵ spielte in acht Vorfällen an Hochschulen eine Rolle.

4 Vgl. SABRA (2020). Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen. Wahrnehmungen und Erfahrungen jüdischer Menschen, S. 33 ff. Online unter https://report-antisemitism.de/documents/2020-09-07_rias-bund_sabra_Problembeschreibung-Antisemitismus-in-NRW.pdf.

5 Vgl. Bundesverband RIAS (2024). Antisemitismus bei BDS. Online unter https://report-antisemitism.de/documents/2024-03-14_Antisemitismus-bei-BDS.pdf.

Zudem griffen antiisraelische Aktivist_innen wiederholt das Gedenken an die Opfer des 7. Oktober sowie an die von der Hamas gefangen genommenen Geiseln an, wie die Vorfälle an der Universität Düsseldorf zeigen:

Düsseldorf, 12. Dezember

Ein Plakat an der Heinrich-Heine-Universität, das mit Fotos der Geiseln und der Aufschrift „Bring them home now“ an die Geiseln in Gaza erinnert, wurde mehrfach mit weißer und brauner Farbe beschmiert. Darunter wurden mit schwarzer Farbe die Schriftzüge „Free Palestine“ sowie auf Hebräisch „shalom“ und danach auf Arabisch „من أولاد غزة“ („Von einem Sohn aus Gaza“) an die Wand gesprüht. Das Plakat mit den Geiseln wurde in den folgenden Monaten nicht wieder aufgehängt.



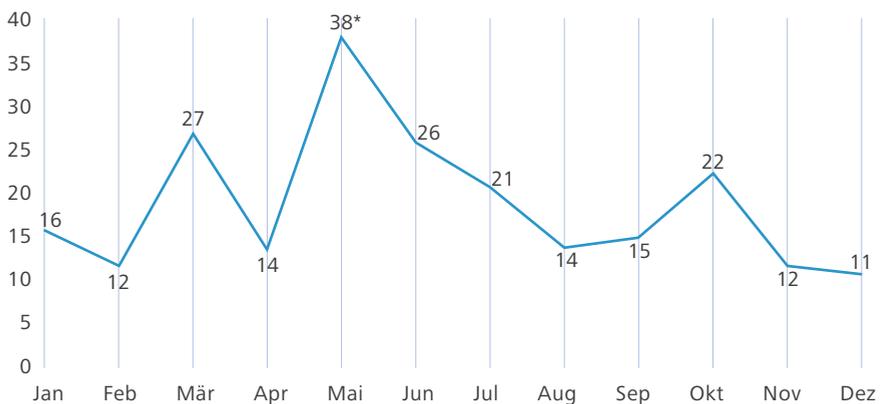
Die dauerhaften Attacken auf die Erinnerung an die israelischen Geiseln in Gaza wirkten auf jüdische und israelische Student_innen besonders traumatisch und zeigen exemplarisch, aber eindrücklich den antisemitischen Charakter vieler antiisraelischer Äußerungen und Handlungen im Hochschulkontext in NRW.

SCHWERPUNKT: VERSAMMLUNGSGESCHEHEN

RIAS NRW dokumentiert Versammlungen, bei denen in Aufrufen, Reden oder Parolen sowie auf mitgeführten Transparenten oder Plakaten antisemitische Inhalte verbreitet werden. Werden bei Kundgebungen, Demonstrationen, Vorträgen oder Infotischen antisemitische Inhalte bekannt, so wird die gesamte Versammlung als antisemitischer Vorfall des Typs verletzendes Verhalten registriert. Kommt es während oder am Rande einer solchen Versammlung zu antisemitischen Angriffen oder Bedrohungen, werden diese jeweils als zusätzlicher Vorfall dokumentiert. Da RIAS NRW kein proaktives Monitoring potenziell antisemitischer Versammlungen vor Ort durchführt, ist von einem höheren Dunkelfeld auszugehen. Die im Folgenden dargestellte Analyse des Versammlungsgeschehens in NRW beruht auf Meldungen von Zeug_innen antisemitischer Versammlungen sowie einem Social Media- und Presse-Monitoring.

Im Jahr 2024 wurden RIAS NRW 228 Versammlungen mit antisemitischen Inhalten bekannt, fast doppelt so viele wie im Vorjahr (117 Versammlungen). Durchschnittlich wurden pro Woche vier antisemitische Versammlungen registriert. Der Anteil antisemitischer Versammlungen am gesamten Vorfallsgeschehen beträgt 24 Prozent und stellt somit eine relevante Ausdrucksform antisemitischer Akteur_innen in NRW dar. Zudem erfahren antisemitische Inhalte, die auf Versammlungen verbreitet werden, eine erhöhte Aufmerksamkeit. Sie erscheinen als legitime Meinungsäußerungen und erfahren durch die ständige Wiederholung eine Normalisierung.

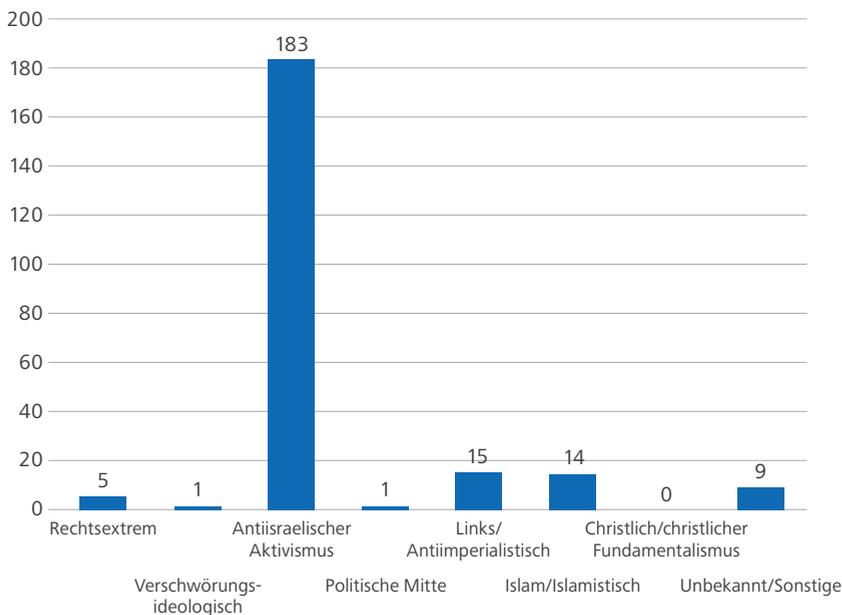
Anzahl antisemitischer Versammlungen im Verlauf des Jahres 2024



*Anstieg antisemitischer Versammlungen im Mai durch israelfeindliche „Protestcamps“ an Hochschulen (siehe Kapitel „Schwerpunkt: Hochschulen“)

80 Prozent der RIAS NRW bekannt gewordenen antisemitischen Versammlungen konnten dem antiisraelischen Aktivismus zugeordnet werden, der damit den größten Anteil aller dokumentierten politisch-weltanschaulichen Hintergründe bei Versammlungen ausmacht. Anlass für die 183 dokumentierten antisemitischen Demonstrationen und Kundgebungen aus dem Milieu des antiisraelischen Aktivismus waren auch im Jahr 2024 das vernichtungsantisemitische Massaker der Hamas vom 7. Oktober 2023 und der anschließende Gaza-Krieg. Der 7. Oktober 2023 stellt wie im Vorjahr weiterhin eine Gelegenheitsstruktur, einen Anlass für antisemitische Äußerungen und Handlungen dar. So hatten 210 von 228 dokumentierten Versammlungen einen direkten Bezug zum 7. Oktober 2023 und/oder dem Kriegsverlauf in Gaza. Gelegenheitsstrukturen sind nicht die Ursache für antisemitische Äußerungen oder Handlungen, sondern bilden lediglich den Rahmen dafür, sie machen antisemitische Äußerungen oder Handlungen also wahrscheinlicher. Dabei werden bereits vorher vorhandene antisemitische Ressentiments auf einen aktuellen Kontext bezogen. Versammlungen spielen im Zusammenhang mit Gelegenheitsstrukturen häufig eine besondere Rolle, da sie Menschen mit unterschiedlichen politischen Hintergründen mobilisieren und zusammenbringen können. Neben dem antiisraelischen Aktivismus riefen 7 Prozent aus dem linken/antiimperialistischen Milieu sowie 6 Prozent aus dem islamisch/islamistischen Milieu zu israelfeindlichen Versammlungen auf, bei denen RIAS NRW antisemitische Inhalte bekannt wurden.

Politisch-weltanschauliche Hintergründe antisemitischer Versammlungen 2024



Darüber hinaus wurden Versammlungen, die keinen direkten Bezug zum 7. Oktober und/oder zum Gaza-Krieg aufwiesen, von antiisraelischen Akteuren für israelfeindliche und antisemitische Agitation genutzt. So wurden RIAS NRW Vorfälle im Zusammenhang mit Demonstrationen zum Internationalen Frauentag, zum Christopher Street Day oder im Rahmen einer Demonstration gegen die AfD gemeldet.

NRW, Juli

Bei einem Christopher Street Day (CSD) in Nordrhein-Westfalen kam es zu antisemitischen Beschimpfungen. Im Vorfeld wurde von den Veranstalter_innen kommuniziert, dass jegliche Nationalflaggen und -symbolik unerwünscht seien. Als eine kleine Gruppe dennoch mit einer palästinensischen Flagge am CSD teilnahm, wurde sie von Ordner_innen aufgefordert, diese wieder einzupacken. Die Gruppe weigerte sich und eine Person sagte daraufhin in Richtung eines Ordners: „Der ist bestimmt Jude“. Die Gruppe mit der Fahne entfernte sich vorerst von der Stelle, lief aber weiter durch den CSD, woraufhin die Demonstrationsleitung hinzugezogen werden musste. Als der Ordner später wieder an der einen Person aus der Gruppe vorbeilief, wurde ihm „Scheiß Jude!“ hinterhergerufen.

Essen, 29. Juni

Bei einer Gegendemonstration zum AfD-Parteitag wurde ein Gegendemonstrant, der eine Kufiya (das sogenannte Palästinensertuch) trug, von der Polizei abgeführt. Ein anderer Teilnehmer der Gegendemonstration kommentierte die Situation und sagte zu seinem Freund, dass er eigentlich nicht mit solchen Leuten gegen die AfD demonstrieren wolle, ihm aber wohl nichts anderes übrig bleibe. Kurz darauf kam eine Gruppe von vier Personen, die den Kommentar gehört hatten, auf die Person zu und brüllten bedrohlich los. Einer aus der Gruppe fragte mehrfach aggressiv auf Arabisch, ob er Jude sei. Eine weitere Person aus der Gruppe sagte, dass die Großeltern des Angesprochenen Juden vergast hätten und die Deutschen heute den nächsten Genozid duldeten.

Seit dem 7. Oktober 2023 etablierten sich in verschiedenen Städten Nordrhein-Westfalens regelmäßige, zum Teil wöchentlich wiederkehrende israelfeindliche Versammlungen. So organisierten sich antiisraelische Gruppierungen nach dem 7. Oktober neu oder reaktivierten bereits bestehende aktivistische Strukturen, die zu Demonstrationen, Kundgebungen und Infotischen aufriefen und diese über Social-Media-Kanäle bewarben. Die Aufrufe zu Demonstrationen und Kundgebungen

der antiisraelischen Gruppen in den sozialen Medien waren zum Teil durch Bilder geprägt, die durch künstliche Intelligenz (KI) generiert wurden. Die KI-generierten Bilder, von denen RIAS NRW Kenntnis erlangte, enthielten zwar keine antisemitischen Stereotype, vermittelten jedoch ein verzerrtes Bild des Krieges und trugen so zur Verbreitung von Falschinformationen und Israelhass bei.



Aufruf Demonstration Düsseldorf, 2. November

© Privat



Aufruf Kundgebung Münster, 28. September

© Privat

Auf israelfeindlichen Kundgebungen wurde vielfach der 7. Oktober 2023 gefeiert, die Massaker an der israelischen Bevölkerung wurden geleugnet und die Hamas sowie andere palästinensische Terrororganisationen als legitimer Widerstand verharmlost. So verherrlichte ein Teilnehmer einer Demonstration in Düsseldorf am 19. Oktober auf einem Plakat die Hamas-Führer Yahar Sinwar und Ismail Haniyya mit der arabischen Aufschrift „Sinwar ist ein Märtyrer“. Auf einem anderen Plakat derselben Demonstration wurde einem PFLP-Terroristen⁶ mit der Aufschrift „Resistance is not terrorism“ gehuldigt. Gleichzeitig wurde die Behauptung, Israel verübe einen Genozid an den Palästinenser_innen, normalisiert. Ein anderes Plakat in Düsseldorf zeigte einen Davidstern auf einer Blutlache, ergänzt durch die Aufschrift „ISREAL Terrorist“. Wer einerseits die genozidale Gewalt der Hamas bejubelt und andererseits Israel des Genozids bezichtigt, betreibt eine Täter-Opfer-Umkehr.



Düsseldorf, 19. Oktober

© Antifa-Infoportal Düsseldorf



Düsseldorf, 19. Oktober

© Antifa-Infoportal Düsseldorf

6 Die Abkürzung PFLP ist ein Akronym für die palästinensische Terrororganisation „Popular Front for the Liberation of Palestine“.

Duisburg, 18. März

Auf einer antiisraelischen Demonstration einer inzwischen verbotenen Duisburger Vereinigung wurde folgender Redebeitrag verlesen, der den palästinensischen Terror verharmlost und rechtfertigt: „[...] Wir sagen ganz klar, der Widerstand der Palästinenser ist gerecht, ob friedlich oder bewaffnet. Jedes Volk hat das Recht, sich gegen Besatzung und Kolonialismus zu wehren und zwar mit allen Mitteln. Umgekehrt hat der Unterdrücker kein Recht, sich gegen diesen Widerstand zu verteidigen. Das bedeutet: Israel hat kein Recht auf Selbstverteidigung, egal was Baerbock und Co sagen. Palästinenser dagegen haben das Recht auf Widerstand. Deshalb ist es auch falsch, von unschuldigen und schuldigen Palästinensern zu sprechen. Wer legitimen Widerstand leistet, ist nicht schuldig. [...] Wir weigern uns auch von israelischen Geiseln zu sprechen, solange die palästinensischen Gefangenen nicht auch als Geiseln anerkannt werden. Entweder sind alle Geiseln oder keiner.“

Essen, 23. November

Eine islamistische Gruppe aus Niedersachsen rief in Essen zu einer israelfeindlichen Demonstration mit dem Titel „Nahost-Demo. Sei kein Zuschauer, sei Teil der Veränderung!“ auf. In Sprechchören der Teilnehmer_innen wurde Israel dämonisiert und es wurden antisemitische Stereotype auf Israel projiziert: „Folter und Vergewaltigung ist in Israel Hausordnung“, „Sie schießen auf Kinder, sie schießen auf Frauen, Israel kann keiner vertrauen“. An der Spitze des Demonstrationenzuges wurde eine Fahne mit der Schahada (das islamische Glaubensbekenntnis) getragen, weiße Schrift auf grünem Grund, wie sie auch von der Hamas verwendet wird. Ein weiteres Glaubensbekenntnis war auf weißem Grund zu lesen. Weitere Sprechchöre waren: „Gaza bebt, die Umma lebt“, „Es ist unser Kummer, wir sind eine Umma“, „Widerstand bis zum Tod, Gazas Kinder sind in Not“, „Mörder und Vergewaltiger sind Israels Fürsprecher“. Nach Angaben eines Journalisten waren etwa 100 bis 150 Personen anwesend, die getrennt nach Geschlechtern durch die Essener Innenstadt zogen.

Düsseldorf, 1. November

Während des Schweigemarsches „Run for their Lives“ für die nach Gaza verschleppten Geiseln versammelten sich am Rande der Route Akteure der salafistisch-islamistischen Szene zu einer angemeldeten Kundgebung. Der Schweigemarsch wurde durch die

Gegenkundgebung mit antisemitischen Parolen wie „Zionisten sind Faschisten, töten Kinder und Zivilisten“ und „Zionists are all the same, Nazis by a different name“ gestört. Die jüdische Anmelderin und Organisatorin der Demonstration erstattete im Nachhinein Anzeige. Bei der islamistischen Gegenkundgebung war ein Teilnehmer anwesend, der bereits eine Woche zuvor „Tod den Juden“ in Richtung des Schweigemarsches gerufen hatte.

Auf 205 Versammlungen, das sind 90 Prozent aller dokumentierten Versammlungen, wurden Narrative des israelbezogenen Antisemitismus verbreitet. So wurden auf 27 Versammlungen Sprechchöre oder Plakate mit der mittlerweile nach §86a StGB verbotenen antisemitischen Parole „From the river to the sea, Palestine will be free“ dokumentiert. Die darin enthaltene Forderung nach einem freien Palästina vom Jordan bis zum Mittelmeer delegitimiert in letzter Konsequenz den jüdischen Staat, da auf dem gesamten Gebiet vom Fluss bis zum Meer kein Platz mehr für Israel wäre. Die Parole „Kindermörder Israel“ wurde in 25 Fällen registriert. Diese Parole, die den jüdischen Staat Israel dämonisiert, knüpft mit ihrer pauschalen Unterstellung an die mittelalterliche Ritualmordlegende an, in der Jüdinnen_Juden beschuldigt werden, christliche Kinder zu ermorden, um ihr Blut für rituelle Zwecke zu verwenden. In dieser modernisierten Neuauflage der alten Legende werden nicht christliche, sondern palästinensische Kinder ermordet. Der Vorwurf richtet sich nicht mehr gegen die Jüdinnen_Juden, sondern gegen Israel als jüdisches Kollektiv.



Düsseldorf, 19. Oktober

© Antifa-Infoportal Düsseldorf

Weitere israelbezogene antisemitische Narrative beinhalteten unter anderem die Aberkennung des Rechts auf eine jüdische nationale Souveränität in Form des Antizionismus, wie der folgende Auszug aus einem Redebeitrag auf einer antiisraelischen Kundgebung in Bielefeld verdeutlicht:

Bielefeld, 17. Oktober

Auszug aus der Transkription eines Redebeitrags auf einer antiisraelischen Kundgebung auf dem Jahnplatz in Bielefeld: „[...] Der Zionismus ist das beschissenste Übel, der schlimmste Extremismus, den es definitiv auf unserer Welt im Moment gibt. Vollgesogen mit Geld und Reichtum, vollgesogen mit Waffen und beschissener Loyalität gekaufter Politiker und Medien.“

Hier verbindet sich eine Dämonisierung Israels mit Elementen des modernen Antisemitismus. Antisemit_innen haben das Judentum immer wieder als das größte Übel auf der Welt dargestellt, auch die bekannte Hetzparole „Die Juden sind unser Unglück“ spiegelt beispielsweise diese antisemitische Annahme wider. Diese wird nun auf den Zionismus und damit auf den Staat Israel übertragen und mit einem Stereotyp des modernen Antisemitismus verknüpft, dem des wirtschaftlich und politisch besonders einflussreichen Juden, der seine Macht vor allem im Verborgenen ausübt. Durch ihren Reichtum könnten Juden demnach Politiker und Medien korrumpieren und ihre eigenen Interessen durchsetzen. In diesem Phantasma, das auch Bestandteil vieler Verschwörungserzählungen ist, beherrschen Juden die Welt und lenken als Strippenzieher im Hintergrund ihre Geschicke. War früher von einer „jüdischen Lobby“ oder einem „jüdischen Einfluss“ die Rede, so wird dies in anti-israelischen Kontexten häufig zu einer mächtigen zionistischen Lobby umformuliert, das heißt es findet erneut eine Übertragung antisemitischer Stereotype auf Israel und den Zionismus statt. Dies drückt sich nicht zuletzt in der Ablehnung und Delegitimierung des jüdischen Staates aus. Jüdinnen_Juden müssen in solchen Diskursen nicht konkret benannt werden, um dennoch nahtlos in die oft über Jahrhunderte tradierten antisemitischen Stereotype eingefügt zu werden.

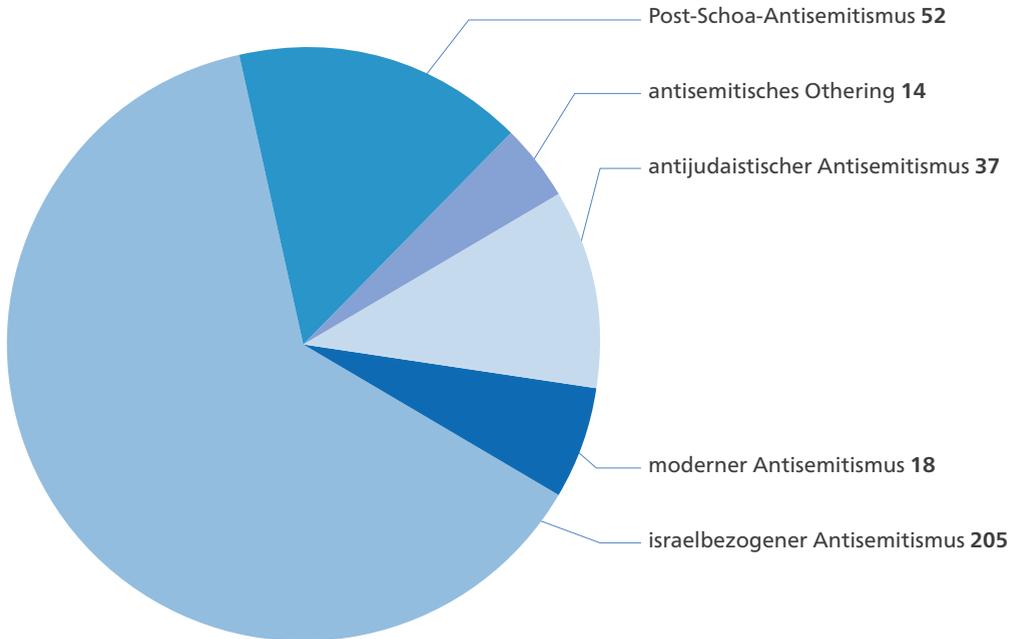
Wie das Zitat zeigt, umfassen antisemitische Ressentiments häufig verschiedene Erscheinungsformen des Antisemitismus. So wurden Verschränkungen des israelbezogenen Antisemitismus mit Narrativen des Post-Schoa-Antisemitismus auf 43 Versammlungen dokumentiert. Dazu zählen beispielsweise Gleichsetzungen des Nationalsozialismus mit Israel, die durch Parolen wie „Zionists are all the same, Nazis by a different name“ oder Plakate mit einem in den Davidstern integrierten Hakenkreuz verbreitet wurden. Bei einer antiisraelischen Kundgebung in Aachen am 3. Mai verhöhnte ein Redner die Opfer der Schoa mit den Worten: „Möchten Sie wissen, wie viele Anne Franks wir in Gaza haben?“.



Wiederkehrende antisemitische Verschwörungserzählungen, die für den modernen Antisemitismus charakteristisch sind, wurden bei 18 Versammlungen dokumentiert. So wurde in einer Rede am 23. März in Bielefeld unter anderem das antisemitische Narrativ eines strippenziehenden jüdischen Staates verbreitet, der die internationale Gemeinschaft als „Marionetten“ für seine Zwecke steuere. Andere Verschwörungserzählungen, die auf Versammlungen geäußert wurden, beinhalten eine angebliche israelische Inszenierung des 7. Oktober für eigene Interessen oder gar die Leugnung der vernichtungsantisemitischen Massaker vom 7. Oktober. So wurde auf einer Kundgebung in Münster am 21. September die sexualisierte Gewalt der Hamas-Terroristen geleugnet:⁷ „Alle Welt spricht von Vergewaltigung, die am 7. Oktober stattgefunden haben soll, obwohl es keinen Beleg dafür gibt“.

7 Vgl. Loy (2024). Die Verschränkung von Antisemitismus und Sexismus nach dem 7. Oktober 2023. RIAS Working Paper 02/24. Online unter https://www.report-antisemitism.de/documents/2024-12-18_RIAS_Working-Paper-3.pdf.

Erscheinungsformen bei antisemitischen Versammlungen 2024



Die Präsenz israelfeindlicher Versammlungen auf den Straßen Nordrhein-Westfalens und die in diesem Zusammenhang dokumentierten antisemitischen Vorfälle wurden in den bei RIAS NRW eingegangenen Meldungen häufig als bedrohlich und potenziell gefährlich beschrieben. Die Gefahr, die von israelfeindlichen Versammlungen ausgeht, spiegelt sich in der Verteilung der von RIAS NRW dokumentierten physischen Angriffe wider. So wurde die Hälfte aller dokumentierten Angriffe, nämlich neun von insgesamt 18 im Jahr 2024, im Kontext von Versammlungen mit Bezug zum Gaza-Krieg dokumentiert.

Köln, 16. März

Der israelsolidarische Gegenprotest wurde aus der israelfeindlichen Demonstration heraus mit Eiern und Kieselsteinen beworfen. Zudem wurde versucht, einer Teilnehmerin die Israelflagge zu entreißen. Nachdem dies misslang, erstattete die Betroffene Strafanzeige. Es handelte sich um eine Person, die an der zeitgleich stattfindenden israelfeindlichen Demonstration teilnahm.

Die dokumentierten Angriffe richteten sich sowohl gegen israelsolidarische Aktivist_innen als auch gegen (teilweise jüdisch gelesene) Passant_innen. Neben gezielten Würfen mit Gegenständen wurden Personen vereinzelt geschlagen und bespuckt. Die physischen Angriffe gingen zudem mit antisemitischen Beleidigungen durch die Täter_innen einher.

In einigen Städten kam es zu Gegenprotesten und Gedenkaktionen für die Opfer des 7. Oktober und für die Menschen, die noch immer als Geiseln in Gaza festgehalten werden. In Dortmund wurde am 4. September eine Veranstaltung gestört, bei der der Dokumentarfilm „Screams Before Silence“ gezeigt wurde, der die sexualisierte Gewalt der Hamas im Kontext der Massaker und Geiselnahmen vom 7. Oktober thematisiert. Aus einer Gruppe von Störer_innen heraus wurde der Alarm des Veranstaltungsortes ausgelöst, sodass die Vorführung abgebrochen und der Saal geräumt werden musste. Personen aus der Gruppe äußerten zynisch, dass sie für die Parktickets bezahlt hätten und nun nicht auf ihre Kosten kämen.

Fast jeden Sonntag trafen sich Menschen zu einem „Run for their lives“ Spaziergang durch die Düsseldorfer Innenstadt, um an die Geiseln der Hamas zu erinnern. RIAS NRW dokumentierte wiederholt gezielte antisemitische Angriffe und Bedrohungen durch islamistische Aktivist_innen am Rande der Spaziergänge.

Israelsolidarische Aktivist_innen berichteten zudem von Einschüchterungsversuchen durch die Veröffentlichung persönlicher Daten wie Namen und Adressen sowie öffentliche Diffamierungen, vor allem über Social Media. Gezielte Feindmarkierungen mit roten Dreiecken sind in diesem Zusammenhang ebenfalls als Bedrohung zu werten.

Das mit der Spitze nach unten zeigende rote Dreieck wird von antiisraelischen Aktivist_innen, online wie offline, als Symbol des „Widerstands“ gegen Israel verwendet. Das Symbol stammt aus Propagandavideos der al-Qassam-Brigaden, dem sogenannten „militärischen Arm“ der Hamas. Die roten Dreiecke tauchten beispielsweise in Aufnahmen von Hamas-Terroristen auf, die israelische Panzer und Soldat_innen angriffen und mit dem umgekehrten roten Dreieck wie mit einem Zielpfeil kennzeichneten. In Deutschland wird diese Art der Feindmarkierung von jüdischen oder israelsolidarischen Personen seit November 2023 angewandt. RIAS erfasst Vorfälle mit dieser Feindmarkierung, wenn sie mit explizit antisemitischen Äußerungen einhergehen oder dezidiert jüdische Personen markiert werden.

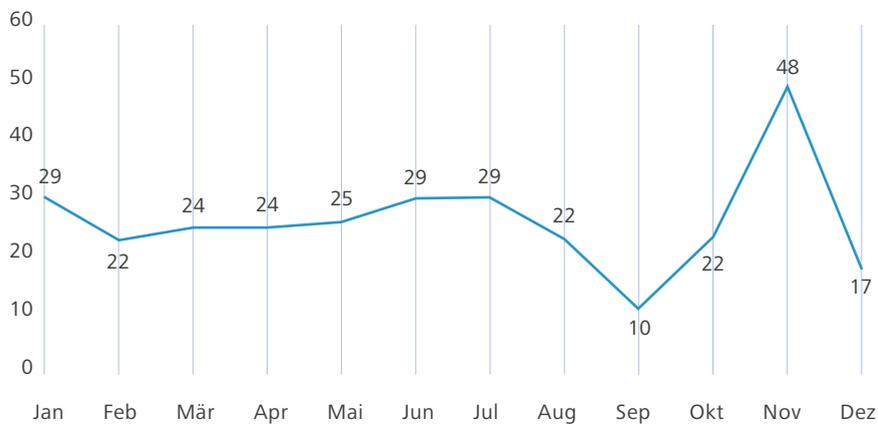
SCHWERPUNKT: ERINNERUNGSABWEHR – ANGRIFFE AUF DAS GEDENKEN AN DIE SCHOA

Knapp ein Drittel aller im Jahr 2024 dokumentierten Vorfälle enthielten Narrative des Post-Schoa-Antisemitismus. Zu den zentralen Elementen des Post-Schoa-Antisemitismus gehören Aussagen oder Handlungen, die die Erinnerung an die Schoa abwehren, eine Schuld der nationalsozialistischen deutschen Gesellschaft am Völkermord an den Jüdinnen_Juden zurückweisen und eine Entlastung der deutschen Schuld durch eine Täter-Opfer-Umkehr bedienen. Eine Täter-Opfer-Umkehr drückt sich in diesem Zusammenhang unter anderem darin aus, dass Jüdinnen_Juden selbst für die Schoa verantwortlich gemacht werden oder dem jüdischen Volk oder dem Staat Israel vorgeworfen wird, die Schoa übertrieben darzustellen oder erfunden zu haben. Eine Täter-Opfer-Umkehr beinhaltet zudem die Gleichsetzung des Handelns Israels oder auch der Jüdinnen_Juden mit der genozidalen Praxis des Nationalsozialismus. All diese Elemente gehen häufig mit einer Verhöhnung der Opfer der Schoa einher. Diese kurz skizzierten Charakteristika des Post-Schoa-Antisemitismus werden im Folgenden anhand der von RIAS NRW dokumentierten Vorfälle dargestellt und die im Jahr 2024 registrierten Ausdrucksformen der Erinnerungsabwehr analysiert.

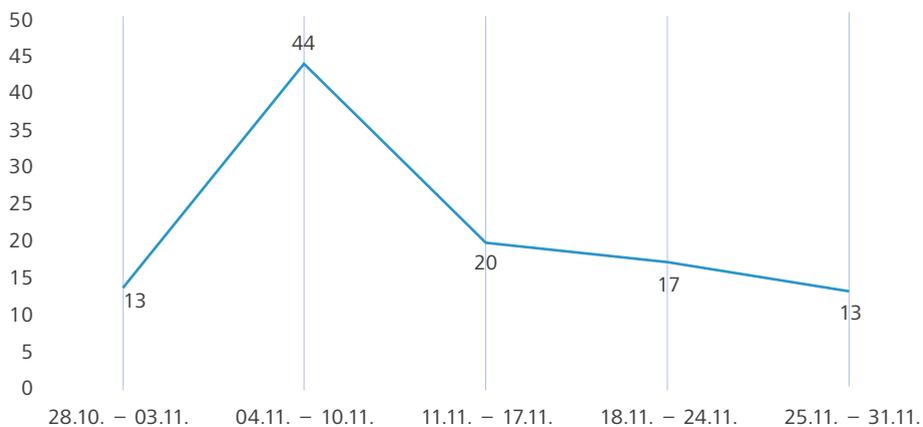
RIAS NRW dokumentierte insgesamt 301 Vorfälle, die Stereotype des Post-Schoa-Antisemitismus bedienen. Die Vorfälle umfassten 220 Fälle von verletzendem Verhalten, 42 Fälle von gezielter Sachbeschädigung, 35 Massenzuschriften und vier Bedrohungen.

Wie in den Vorjahren waren es auch im Jahr 2024 die Gedenktage für die Opfer der Schoa, in deren Zusammenhang vermehrt antisemitische Vorfälle registriert wurden. So wurde fast die Hälfte aller im November dokumentierten Vorfälle in der Woche um den Gedenktag der Pogrome vom 9. November 1938 registriert. Betrachtet man die Verteilung der Erscheinungsform Post-Schoa-Antisemitismus im Jahresverlauf, so zeigt sich eine Verdoppelung der Vorfälle mit Merkmalen des Post-Schoa-Antisemitismus im November. Gedenktage können somit als Anlässe für Antisemit_innen identifiziert werden, wie die Auswahl der folgenden Vorfälle verdeutlicht:

Vorfälle mit Post-Schoa-Antisemitismus im Jahresverlauf 2024



Anzahl aller im November 2024 erfassten Vorfälle nach Wochen



*Die Gesamtzahl der hier dargestellten Vorfälle übersteigt die Summe aller erfassten Vorfälle im November, da für ein Wochenvergleich Vorfallszahlen der letzten halben Oktoberwoche mit einbezogen wurden.

Brühl, 9. November

Während einer Gedenkveranstaltung für die Opfer der Novemberpogrome 1938 wurde einer Teilnehmerin untersagt, ein Transparent mit einem Davidstern und der Aufschrift „Wir schützen jüdisches Leben“ zu zeigen. Eine Person aus dem Organisationskreis forderte sie auf, das Transparent einzupacken, da es zu provokativ sei. Eine plausible Erklärung, warum das Transparent während der Gedenkveranstaltung nicht gezeigt werden dürfe, wurde nicht gegeben. Die geschilderte Situation weist charakteristische Merkmale des antisemitischen Otherings auf, da sowohl die Sichtbarkeit jüdischer Symbolik als auch die affirmative Aussage zum Schutz jüdischen Lebens als provokativ und somit als störend empfunden wurden. Einige Zeug_innen solidarisierten sich mit der betroffenen Person und stellten sich hinter das Transparent.



Brühl 9. November

© Hans-Peter Brodüffel

Aachen, 9. November

Am Gedenktag zur Erinnerung an die Novemberpogrome 1938 riefen antiisraelische Aktivist_innen in Aachen zu einer israelfeindlichen Demonstration mit dem Titel „Nie wieder ist jetzt für alle“ auf. Der Demonstrationsaufruf in den sozialen Medien relativierte die Schoa, indem er die nationalsozialistische Vernichtung der Jüdinnen_Juden mit dem Gaza-Krieg gleichsetzte. Der Titel „Nie wieder ist jetzt für alle“ suggeriert einen Holocaust an den Palästinenser_innen, auch das gewählte Bildmaterial unterstreicht diese Gleichsetzung, indem ein Massengrab mit Opfern des Nationalsozialismus aus dem Jahr 1945 neben einem Massengrab, welches in Gaza vorgefunden worden sein soll, mit der Überschrift „2024“ nebeneinander gezeigt wurde. An der israelfeindlichen Kundgebung nahmen nach Polizeiangaben ca. 230 Personen teil.



Aufruf Demonstration Aachen, 9. November

© Privat

Moers, 9. November

Ein dem islamistischen Milieu zuzuordnender Aktivist verteilte am Mahnmal der ehemaligen Synagoge in Moers, wo zuvor eine Gedenkveranstaltung der Stadt für die Opfer des Novemberpogroms stattgefunden hatte, Zettel mit folgendem Inhalt: „Israel verbrennt unsere Kinder bei lebendigem Leib!!!“, „Täter-Opfer-Umkehr seit 1948! Google: Nakba“, „Free Palestine Free Lebanon Save Gaza“ und „Stop Genocide 43391 Ermordete 50% Frauen u. Kinder... Es ging nie um H@m@s“.

Der antisemitische Gehalt dieses Vorfalles ergibt sich aus der bewussten Platzierung am Mahnmal am Gedenktag, wodurch eine Gleichsetzung der Schoa mit dem Gaza-Krieg erfolgt, dessen Anlass, der Überfall der Hamas auf Israel, zudem geleugnet wird. Allein die Forderung nach Freiheit für Palästina, ohne das Existenzrecht Israels in Abrede zu stellen, wäre ohne diesen Kontext beispielsweise kein antisemitischer Vorfall. Die Tat verhöhnt zudem die Opfer der Schoa und verdeutlicht nicht zuletzt die Abwehr der Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus und die Vereinnahmung des Schoa-Gedenkens für antiisraelische Agitation.

Wie die beiden Vorfälle in Aachen und Moers zeigen, wurde das Gedenken an die Opfer der Schoa für antisemitische Reaktionen auf den 7. Oktober 2023 und den anschließenden Gaza-Krieg instrumentalisiert und relativiert.

Auch im digitalen Raum wurde das Gedenken an die Schoa durch antisemitische Kommentare in den Sozialen Medien abgewehrt. So wurden unter anderem jüdische Opfer des Nationalsozialismus verhöhnt und Vernichtungsphantasien gegenüber Jüdinnen_Juden geäußert. Die Auswahl der folgenden Kommentare, die unter einem Beitrag zum Holocaust-Gedenktag am 27. Januar eines Fußballvereins gepostet wurden, verdeutlicht die aggressive Erinnerungsabwehr und die Affirmation der Vernichtung von Jüdinnen_Juden: „Es lebe Palästina. Wir verbrennen auch heute noch Juden; Ich unterstütze den Holocaust. Es lebe der Nationalsozialismus und nieder mit den Juden“. In einem weiteren Kommentar hieß es: „Wieviel Jahre denn noch? Bor, geht mir dieser Schuld kult auf den Sack; Der Schoaverein erinnert.“

Die dargestellten Online-Kommentare weisen eine Verschränkung von israelbezogenen Stereotypen und Post-Shoa-Antisemitismus auf. Diese Kombination beider Erscheinungsformen ist auch im Jahr 2024 die am häufigsten dokumentierte Verschränkung. Allein in den Gästebüchern der NS-Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen wurden insgesamt 23 Kommentare mit dieser Verschränkung dokumentiert. In fünf weiteren Fällen wurde diese Verschränkung ebenfalls dokumentiert, allerdings nicht in Gästebüchern, sondern in anderen Formen des schriftlichen Feedbacks.

Ruhrgebiet, 18. April

Ein Besucher einer Gedenkstätte im Ruhrgebiet schrieb in das Gästebuch der Gedenkstätte: „Es ist schade, dass man nicht aus der Geschichte gelernt hat. Kein Mensch hat es verdient so behandelt zu werden. Weder vor 80 Jahren noch heute. Die Geschichte wird wiederholt. Nur sind die damaligen Opfer die heutigen Täter. Free Palestine and peace for the world. Die Welt reicht für uns alle.“

Die Verbindung beider Erscheinungsformen zeigt die Anpassungs- und Anschlussfähigkeit antisemitischer Stereotype an unterschiedliche Narrative und Diskurse. Die Täter-Opfer-Umkehr im Post-Schoa-Antisemitismus hat eine entlastende Funktion und geht notwendigerweise mit einer Relativierung der Schoa sowie einer Abwehr der Erinnerung an sie einher. Bei antisemitischen Vergleichen Israels mit dem Nationalsozialismus kommt diese Entlastungsfunktion zum Tragen: Die damalige Gewalt und Täterschaft von Deutschen wird auf Israel projiziert. Jüdinnen_Juden werden dadurch als mit den Nazis vergleichbare Täter_innen dargestellt und die Singularität der Schoa angezweifelt.

Die RIAS NRW bekannt gewordenen Vorfälle an Gedenkorten sind von 58 Vorfällen im Jahr 2023 auf 101 Vorfälle im Jahr 2024 gestiegen. Darunter waren zwei Bedrohungen und 58 Fälle von verletzendem Verhalten. Bei 41 Vorfällen handelte es sich um gezielte Sachbeschädigungen, bei denen unter anderem Stolpersteine entweder entwendet oder gezielt mit Kot, Farbe, Eiern oder anderen Flüssigkeiten beschmiert und unkenntlich gemacht wurden. Teilweise wurden dieselben Stolpersteine mehrfach hintereinander gezielt beschädigt.

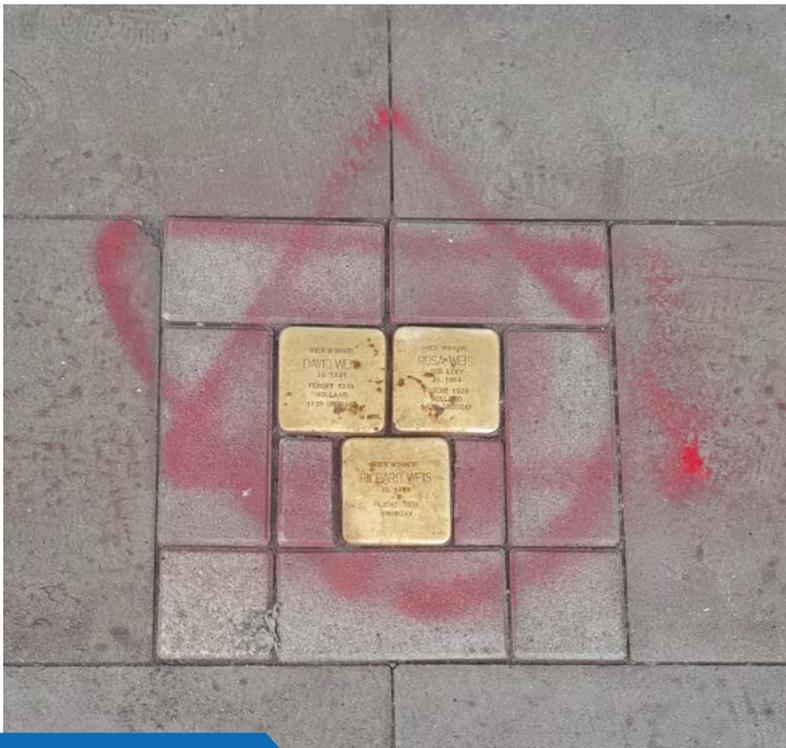
Essen, 17. Dezember

Zum zweiten Mal nach dem 8. November 2024 wurden die Stolpersteine in Gedenken an die jüdischen Familien Weis und Gelles in der Huyssenallee und in der Heinrichstraße mit roter Farbe und Kot beschmiert. Außerdem wurden die Stolpersteine mit einem Davidstern in roter Farbe als jüdisch markiert. Die Stolpersteine wurden zeitnah gereinigt.



Essen, 17. Dezember

© Privat



Essen, 17. Dezember

© Privat

Düren, 12. April

Vermutlich in der Nacht vom 12. auf den 13. April wurden in Düren-Hoven Stolpersteine in Gedenken an die jüdische Familie Gordon geschändet. Um die fünf Stolpersteine wurden insgesamt acht Hakenkreuze mit Kreide gemalt.

Elf weitere Gedenkorte wurden teilweise mit massiver Gewalt beschädigt oder mit Farbe und antisemitischen Schriftzügen beschmiert. So wurde am 29. September eine Gedenktafel an der ehemaligen Synagoge in Minden von der Wand gerissen. In Geilenkirchen wurden wiederholt die Gedenktafeln für die im Nationalsozialismus verfolgten Jüdinnen_Juden beschädigt und mit Farbe beschmiert. Nachdem der jüdische Friedhof in Geilenkirchen bereits in der Vergangenheit immer wieder Ziel antisemitischer Sachbeschädigungen war,⁸ wurden auch im Jahr 2024 die Gedenktafeln vor dem jüdischen Friedhof von bislang unbekanntem Täter_innen zerkratzt und ein Hakenkreuz in die Gedenktafel geritzt.

Die teils rohe und wiederkehrende Gewalt, die bei der Beschädigung von Gedenkorten angewandt wird, ist Ausdruck einer leidenschaftlichen Erinnerungsabwehr der Täter_innen. Wer immer wieder den gleichen Stolperstein aufsucht, um ihn zu beschädigen, oder wer ein selbstgebasteltes Hakenkreuz feinsäuberlich am Mahnmal der ehemaligen Synagoge in der Stadt Schlangen anbringt, wie am 23. September geschehen, tut dies aus Überzeugung. Gedenkorte sind Zeichen der Erinnerung an die von den Deutschen begangene Schoa. Antisemit_innen stören sich an diesen im Stadtbild verankerten Orten, weil sie in ihrer Wahrnehmung mit einer ausschließlich positiven Identifikation mit Deutschland und der deutschen Geschichte oder der eigenen Familienbiografie brechen.

8 Vgl. RIAS NRW (2023). „Konsequente Rechtsprechung sieht anders aus“ Die Schändung des jüdischen Friedhofs in Geilenkirchen und der anschließende Gerichtsprozess. Online unter https://www.report-antisemitism.de/documents/2023-06-06_Brosch%C3%BcreRIAS_NRW_Geilenkirchen.pdf.

Düsseldorf, 25. Juli

Auf der Gedenkstele am Gedenkort „Ehemaliger Güterbahnhof Düsseldorf-Derendorf“ wurde ein Aufkleber der AfD mit der Aufschrift „Jammer mir nichts vor, ich habe richtig gewählt“ angebracht. Von dem Gelände aus wurden während des Nationalsozialismus Jüdinnen_Juden aus dem gesamten Regierungsbezirk Düsseldorf deportiert. Die meldende Person leitete den Vorfall an das Ordnungsamt weiter. Vor dem Eintreffen des Ordnungsamtes war der Aufkleber bereits von unbekanntem Dritten unkenntlich gemacht worden.



Düsseldorf, 25. Juli

© Privat

In 22 Vorfällen bedienten die Täter_innen die Erzählung, Deutschland müsse sich vom „Schuld kult“ befreien. Bereits in den 1950er Jahren sprach die extreme Rechte von einem „Schuld kult“ als politischem Kampfbegriff, von dem sich das deutsche Volk befreien müsse. Diese Forderung nach einem Schlussstrich und einem Ende des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus gilt als manifeste Erinnerungsabwehr und impliziert auch den Wunsch nach einem Ende der kollektiven Verantwortungsübernahme für die Erinnerung an den Nationalsozialismus und das Gedenken an die Opfer. In Minden und Düsseldorf wurden rechtsextreme Aufkleber im Stadtgebiet mit der Aufschrift „Befreie dich vom Schuld kult“ gemeldet. Auf der antiisraelischen Demonstration am 24. August durch die Düsseldorf Innenstadt zeigte ein Teilnehmer ein Plakat mit der Aufschrift „Befreie Palästina von deutscher Schuld“. Die Idee eines Schuld kults, den es zu überwinden gelte, hat sich seit dem 7. Oktober 2023 weit über rechtsextreme Kreise hinaus verbreitet und wird mit Bezug auf Palästina auch von anderen politisch-weltanschaulichen Milieus verwendet.

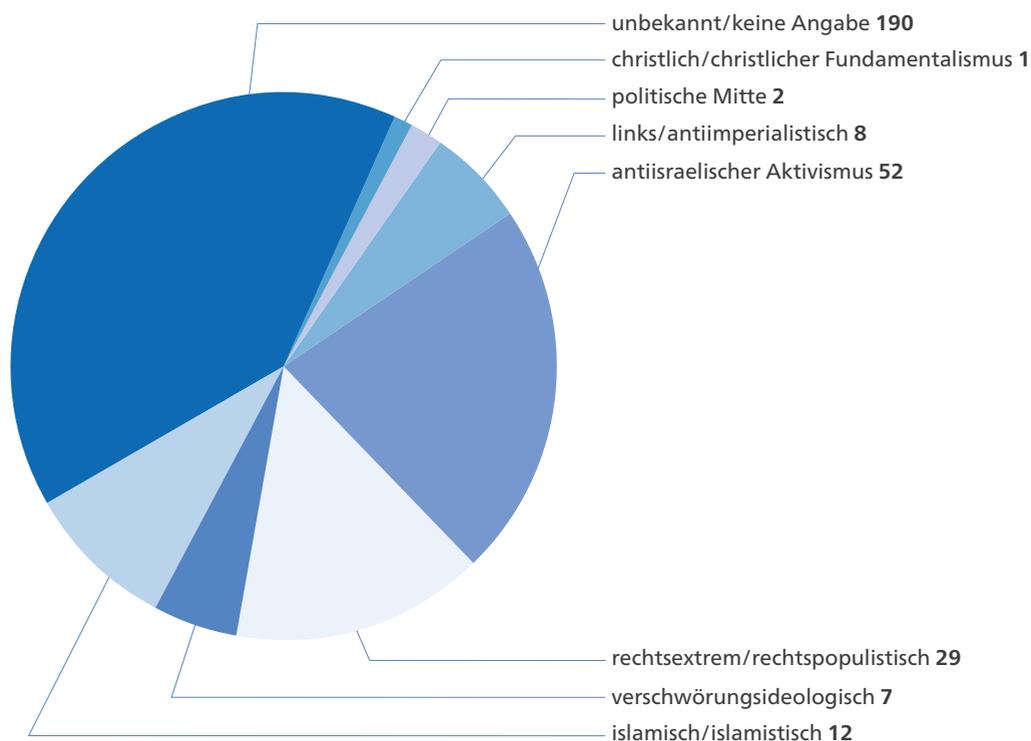


Minden, 22. November

© Privat

Bei 63 Prozent aller Vorfälle mit Bezügen zum Post-Schoa-Antisemitismus blieb der politisch-weltanschauliche Hintergrund unbekannt, weil er nicht eindeutig zugeordnet werden konnte. Dies verdeutlicht, dass antisemitische Ressentiments wie Erinnerungsabwehr, Leugnung oder Verharmlosung der Schoa, nicht ausschließlich im rechtsextremen Milieu verortet werden können. Vielmehr registrierte RIAS NRW in 17 Prozent der Fälle antiisraelischen Aktivismus, aus dem Vorfälle dieser Art gemeldet wurden. 10 Prozent der Fälle konnten dem rechtsextremen Milieu und 4 Prozent dem islamischen/islamistischen Milieu zugeordnet werden. In 3 Prozent der Fälle konnte ein linkes/antiimperialistisches Milieu festgestellt werden, 2 Prozent mit verschwörungsideologischem Hintergrund. In weniger als 1 Prozent der Fälle handelte es sich um Akteure aus dem Milieu des christlich/christlichen Fundamentalismus sowie der politischen Mitte.

Politisch-weltanschauliche Hintergründe bei Vorfällen mit Post-Schoa-Antisemitismus 2024



ERSCHEINUNGSFORMEN DES ANTISEMITISMUS IN NRW 2024

In antisemitischen Vorfällen können unterschiedliche antisemitische Stereotype zum Ausdruck kommen. RIAS ordnet diese Stereotype fünf Erscheinungsformen des Antisemitismus zu: antijudaistischer Antisemitismus, moderner Antisemitismus, antisemitisches Othering, Post-Schoa-Antisemitismus und israelbezogener Antisemitismus. Dabei kann ein einzelner Vorfall auch mehreren Erscheinungsformen zugeordnet werden, wenn die entsprechenden Stereotype darin zum Ausdruck kommen. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn jemand die israelische Politik mit dem Nationalsozialismus gleichsetzt. RIAS interpretiert dies einerseits als Dämonisierung Israels, die der Erscheinungsform israelbezogener Antisemitismus zugeordnet wird, und zugleich als Relativierung der Schoa, die der Erscheinungsform Post-Schoa-Antisemitismus zugeordnet wird.

Bei den 940 erfassten antisemitischen Vorfällen gab es insgesamt 2.001 Zuordnungen zu den Erscheinungsformen. Jeder Vorfall wurde also durchschnittlich ungefähr zwei Erscheinungsformen zugeordnet. Die im Folgenden dargestellten Überschneidungen verschiedener Erscheinungsformen verdeutlichen die Anpassungs- und Anschlussfähigkeit antisemitischer Stereotype an unterschiedliche Narrative und Diskurse.

Überschneidungen von Erscheinungsformen antisemitischer Vorfälle 2024

	antisemitisches Othering	antijudaistischer Antisemitismus	moderner Antisemitismus	israelbezogener Antisemitismus	Post-Schoa Antisemitismus
antisemitisches Othering	334	20	40	129	73
antijudaistischer Antisemitismus	20	97	10	74	19
moderner Antisemitismus	40	10	92	43	32
israelbezogener Antisemitismus	129	74	43	590	148
Post-Schoa Antisemitismus	73	19	32	148	301

Die häufigste Erscheinungsform im Jahr 2024 war wie im Vorjahr der israelbezogene Antisemitismus: 63 Prozent aller antisemitischen Vorfälle wurden dieser Kategorie zugeordnet. Post-Schoa-Antisemitismus und antisemitisches Othering wurden in jeweils rund einem Drittel der Vorfälle erfasst. Narrative des modernen Antisemitismus und des antijudaistischen Antisemitismus wurden in jeweils 10 Prozent aller Vorfälle registriert. Im Folgenden werden die Erscheinungsformen des israelbezogenen Antisemitismus, des antisemitischen Otherings sowie des modernen und antijudaistischen Antisemitismus näher dargestellt. Eine detaillierte Darstellung der Erscheinungsform des Post-Schoa-Antisemitismus kann unter [Erinnerungsabwehr - Angriffe auf das Gedenken an die Schoa](#) nachgelesen werden.

Israelbezogener Antisemitismus

Bei den insgesamt 590 Vorfällen mit Stereotypen des israelbezogenen Antisemitismus beobachtete RIAS NRW 2024 alle Vorfällearten - von Versammlungen über gezielte Sachbeschädigungen und Angriffe bis hin zu extremer Gewalt.

Der israelbezogene Antisemitismus richtet sich gegen den jüdischen Staat Israel, zum Beispiel durch das Absprechen seiner Legitimität, das Absprechen des nationalen Selbstbestimmungsrechts von Jüdinnen_Juden in Form des Antizionismus, die Anwendung doppelter Standards oder die Dämonisierung von Israel, Israelis oder Zionist_innen als das absolut Böse. 286 Vorfälle konnten ausschließlich der Erscheinungsform des israelbezogenen Antisemitismus zugeordnet werden, mehr als die Hälfte, nämlich 304 der 590 Vorfälle, wiesen mindestens eine Verschränkung mit anderen Erscheinungsformen auf. Die quantitativ höchste Verschränkung aller Erscheinungsformen ist die Kombination von israelbezogenem Antisemitismus und Post-Schoa-Antisemitismus. So beinhalteten 148 Vorfälle (16 Prozent) Narrative beider Erscheinungsformen. RIAS NRW dokumentierte in diesem Zusammenhang Vorfälle, in denen Israel mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt wurde, etwa wenn Davidsterne mit einem Hakenkreuz versehen wurden oder NS-Gedenkstätten oder Erinnerungsorte gezielt mit politischen Botschaften zum Nahostkonflikt beschmiert wurden:

Köln, 13. Februar

Ein_e Besucher_in des NS-DOK hinterlässt im Gästebuch der Gedenkstätte die Worte „Free Palestine“.

Dortmund, 27. Januar

Laut Presseberichten wurde am internationalen Holocaust-Gedenktag an der S-Bahn-Haltestelle Dortmund-Universität großflächig ein Davidstern mit einem Hakenkreuz in der Mitte aufgesprüht. Daneben die Worte „The irony of becoming what you hate“.

Herne, 30. Juli

Mit einer Schablone wurde zweimal „Fuck Israel“ auf eine Wand an einer Bundesstraße gesprüht. Das „S“ in Israel war ein Hakenkreuz.



Krefeld, 4. Dezember

© Privat

Antisemitisches Othering

Das antisemitische Othering ist die zweithäufigste dokumentierte Erscheinungsform. Beim antisemitischen Othering werden zum einen Jüdinnen_Juden - oder Personen, die dafür gehalten werden - als fremd markiert. Zum anderen werden Personen oder Organisationen als jüdisch markiert, um sie so als fremd zu kennzeichnen. Beim antisemitischen Othering werden Jüdinnen_Juden angegriffen, bedroht oder belästigt, nur weil sie Jüdinnen_Juden sind oder als solche markiert werden. Von 940 Vorfällen wurden 334 Vorfälle (36 Prozent) dieser Erscheinungsform zugeordnet. 152 der 334 Vorfälle (46 Prozent) beinhalteten ausschließlich Stereotype des antisemitischen Otherings. 182 Vorfälle (54 Prozent) weisen Verschränkungen mit mindestens einer anderen Erscheinungsform auf. Am häufigsten wurden Vorfälle von antisemitischem Othering in Kombination mit Narrativen des israelbezogenen Antisemitismus registriert. Auch Merkmale des Post-Schoa-Antisemitismus wurden in Verbindung mit antisemitischem Othering registriert. So wurden in 27 Vorfällen Vernichtungsphantasien gegenüber Jüdinnen_Juden geäußert, die sich entweder positiv auf die Schoa oder auf die Massaker vom 7. Oktober bezogen.



Dortmund, 6. April

© Bagrut e.V.

Siegen, 7. Juni

Bei einer israelsolidarischen Mahnwache „Gemeinsam gegen Antisemitismus“ wurden Plakate der am 7. Oktober 2023 in Israel entführten Geiseln gezeigt. Während des Aufbaus näherte sich eine Gruppe Jugendlicher der Mahnwache. Aus der Gruppe heraus fiel der Satz „Ihr werdet alle sterben“.

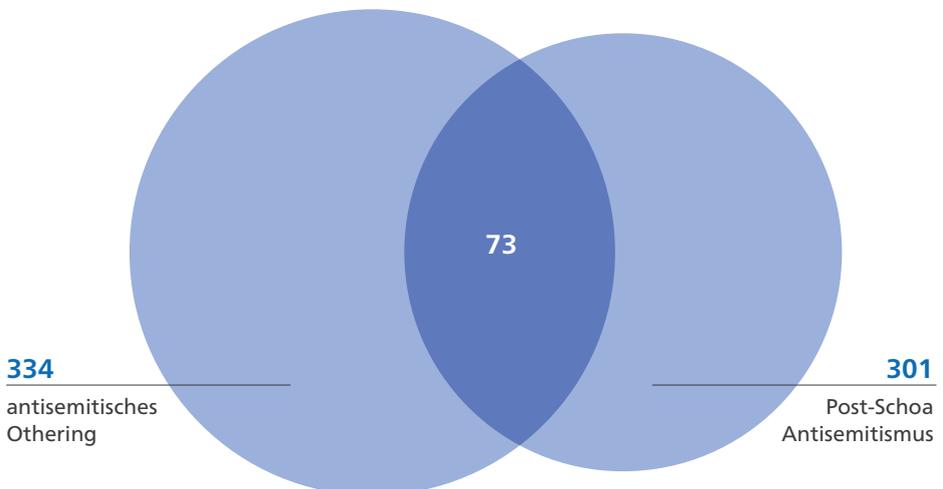
Hilden, 15. Februar

Antisemitische Schmierereien auf dem Bahnsteig des Bahnhof Hilden: „Juden dreck“, „Hitler unser Vater“ und ein Hakenkreuz.

Soest, 11. August

Schmiererei an einer Discounter-Filiale: An der Wand ein Hakenkreuz und der Schriftzug „Tod den Juden“.

Verschränkung antisemitisches Othering und Post-Schoa-Antisemitismus



Köln, 31. Juli

Eine Frau, die bereits in der Vergangenheit in ihrem Wohnumfeld antisemitisch angefeindet wurde, entdeckte am 31. Juli, dass jemand „STOP ISRAEL“ an die Wand neben ihrer Wohnungstür geschmiert hatte. Es handelt sich um die einzige Tür im Haus, an der eine Mesusah (Bezeichnung für eine Schriftkapsel am Türpfosten, die eine Pergamentrolle mit zwei Abschnitten aus der Thora enthält) befestigt ist. Die Betroffene entfernte die Schmiererei zeitnah.

Köln, 27. Februar

Nachdem ein Mitglied einer jüdischen Gemeinde in Köln auf Instagram einen kritischen Kommentar unter dem Posting einer Fußballfanseite hinterlassen hatte, erhielt er die folgende Direktnachricht: „Halt mal deine fresse du nervst jeden mit deinen Kommentaren es juckt keinen dass du jude bist ihr betreibt gerade Völkermord. Hätte man euch vor 80 Jahren mal komplett beseitigt hätten wir das Problem heute nicht mit euch.. euch mag echt niemand checkt es doch“ Aus dem Profil des Betroffenen geht hervor, dass er Jude und Israeli ist.

In NRW wurden RIAS insgesamt 21 Vorfälle bekannt, die einen Bezug zum Fußball hatten. Bei 16 dieser Vorfälle handelte es sich um Narrative des antisemitischen Otherings. So wurden Vorfälle dokumentiert, in denen die gegnerische Mannschaft oder deren Fans als jüdisch markiert und damit abgewertet werden sollten.

Essen, 23. September

An einer Autobahnbrücke befinden sich legale Graffiti-Wände, auf die „Juden UGE“ gesprüht wurde. Hintergrund ist die Fanfeindschaft zwischen Rot-Weiß Essen und Schalke 04, UGE sind die Ultras Gel-senkirchen.

Im Kontext der Europawahl 2024 wurden acht Vorfälle registriert, die unter anderem Merkmale des antisemitischen Otherings aufwiesen. So wurden beispielsweise Politiker_innen mit einem Davidstern als jüdisch markiert oder antisemitische Stereotype auf sie projiziert.



Essen, 13. Mai

© Privat



Münster, 14. Mai

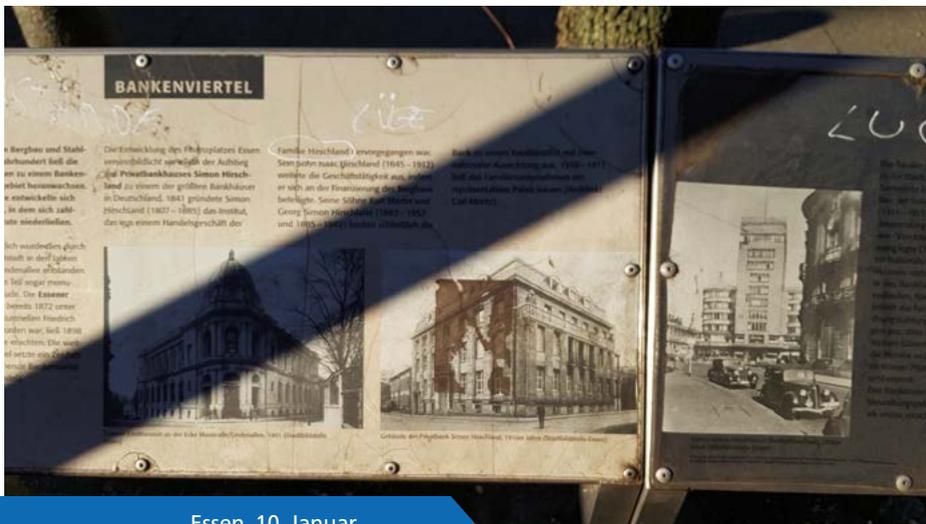
© Privat

Moderner Antisemitismus

Eine Schmiererei auf einem Wahlplakat in Essen beinhaltet zudem die antisemitische Vorstellung des lügenden Juden, der den Frieden auf der Welt verhindert. So werden neben dem antisemitischen Othing auch Verschwörungserzählungen bedient. Verschwörungserzählungen sind Merkmale des modernen Antisemitismus und konnten in insgesamt 40 Fällen in Kombination mit dem antisemitischen Othing dokumentiert werden. Insgesamt weist die Erscheinungsform des modernen Antisemitismus in 83 Prozent aller Fälle eine Verschränkung mit anderen Erscheinungsformen auf. Der moderne Antisemitismus war 2024 diejenige Erscheinungsform, die am seltensten alleine auftrat. Moderner Antisemitismus war besonders anschlussfähig für andere Erscheinungsformen und trat mit ihnen in Verbindung auf.

Essen, 10. Januar

Eine Passantin entdeckte in der Essener Innenstadt zwei Informationstafeln zur Stadtgeschichte, die mit antisemitischen Schmierereien versehen waren. Die Tafeln zur jüdischen Bankiersfamilie Hirschland beschmierten bisher unbekannte Täter_innen mit den Worten „Bastarde“ und „Lüge“. Beim Hinweis auf die jüdische Gemeinde wurde das Wort „jüdische“ unkenntlich gemacht.



Essen, 10. Januar

© Bagrut e.V.

Antisemitische Verschwörungserzählungen wurden im vergangenen Jahr vor allem in Form von Massenzuschriften erfasst. Diese werden sowohl als E-Mails verschickt, aber auch weiterhin als klassische Flugblätter verbreitet, die beispielsweise massenhaft in Briefkästen geworfen werden. Solche Massenzuschriften sind in der Regel umfangreich und enthalten ein Konglomerat verschiedener antisemitischer Narrative, die fast immer eine jüdische Weltverschwörung, eine Steuerung von Wirtschaft und Politik durch Jüdinnen_Juden behaupten und beweisen wollen. Der moderne Antisemitismus als Erscheinungsform ist also immer präsent, wird aber oft durch Elemente des antijudaistischen Antisemitismus, des Post-Schoa-Antisemitismus und des israelbezogenen Antisemitismus ergänzt.

Antijudaistischer Antisemitismus

In 97 Fällen wurde der antijudaistische Antisemitismus dokumentiert. Dies entspricht einem Anstieg von 273 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (26 Vorfälle). Der Anstieg ist auf eine veränderte Kategorisierung der Vorfälle, die die Parole „Kindermörder Israel“ beinhalten, zurückzuführen. Seit 2024 wird diese Parole, die typische Narrative des antijudaistischen Antisemitismus aufgreift, ohne diese spezifisch religiös zu begründen, auch dieser Erscheinungsform zugeordnet. Auch der Vorwurf, Israel betreibe Organraub, knüpft an die seit Jahrhunderten tradierte antijudaistische Ritualmordlegende an, in der Jüdinnen_Juden bezichtigt wurden, das Blut junger Christen für rituelle Zwecke zu verwenden. Die neue Kategorisierung verdeutlicht das Fortwirken solcher antijudaistischer Narrative, die sich teilweise aus ihrem religiösen Kontext gelöst haben. In mehr als der Hälfte aller antijudaistischen Vorfälle wurden demnach auch Stereotype des israelbezogenen Antisemitismus dokumentiert.

Düsseldorf, 8. Juni

Auf einer antiisraelischen Demonstration durch die Düsseldorfer Innenstadt beschuldigte ein Sprecher Israel des Organraubes: „Die größte Hautbank der Welt ist in Israel“. Er warf dem israelischen Ministerpräsidenten zudem „Durst auf palästinensisches Blut“ vor. An der Demonstration nahmen ca. 420 Personen teil.

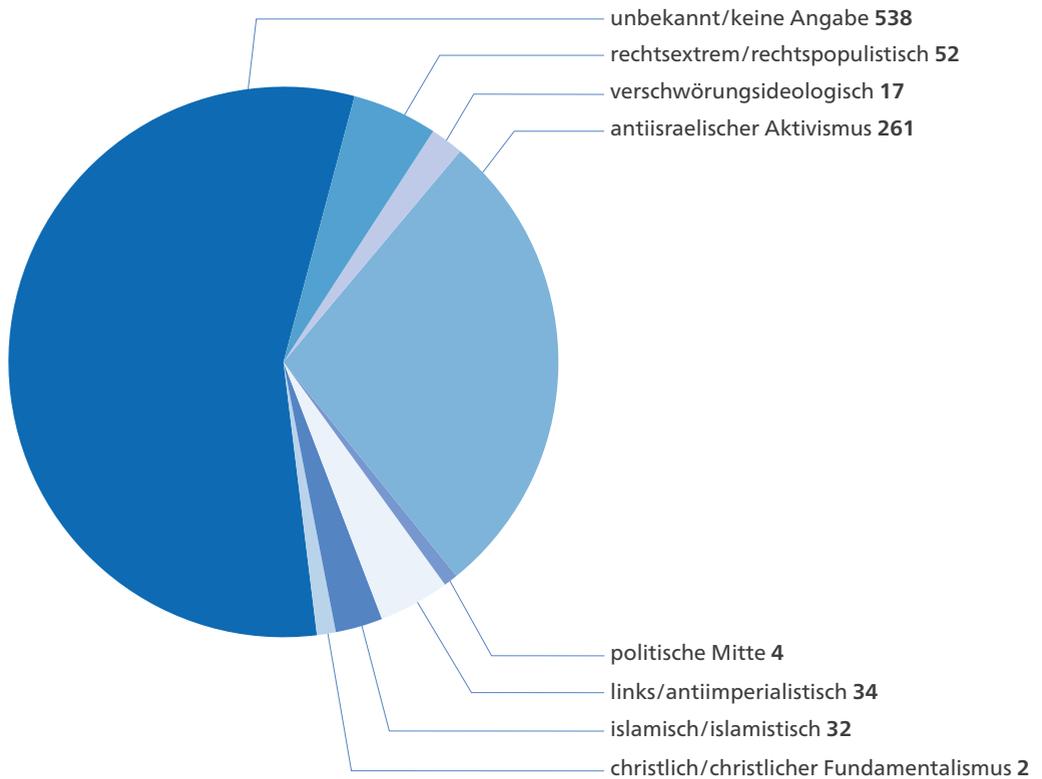
POLITISCH-WELTANSCHAULICHE HINTERGRÜNDE ANTISEMITISCHER VORFÄLLE

In diesem Kapitel werden die verschiedenen politisch-weltanschaulichen Hintergründe antisemitischer Vorfälle näher beleuchtet und ihre spezifischen Merkmale und Besonderheiten analysiert. Eine ausführliche Beschreibung der verschiedenen politisch-weltanschaulichen Hintergründe finden sich im Kapitel [Kategorien und Datengrundlage](#).

57 Prozent der Vorfälle konnten keinem politisch-weltanschaulichen Hintergrund zugeordnet werden. RIAS nimmt nur dann eine Zuordnung vor, wenn diese aus dem Vorfall eindeutig hervorgeht. Dementsprechend können einzelne politisch-weltanschauliche Hintergründe auch bei anderen Vorfällen vorhanden gewesen sein und eine Rolle gespielt haben, sie waren aber für RIAS nicht ersichtlich und konnten daher nicht zugeordnet werden. Der politisch-weltanschauliche Hintergrund der Versammlungen, insbesondere auch der einzelnen Redner_innen, ist in der Regel klar erkennbar. Die meisten Versammlungen gingen vom politisch-weltanschaulichen Hintergrund des antiisraelischen Aktivismus aus und thematisierten Israel und den Gaza-Krieg.

Der christliche Fundamentalismus und die politische Mitte bleiben in diesem Kapitel unberücksichtigt, da die Fallzahlen für eine aussagekräftige Auswertung dieser politisch-weltanschaulichen Milieus zu gering sind.

Politisch-weltanschauliche Hintergründe antisemitischer Vorfälle 2024



Antisraelischer Aktivismus

Im Milieu des antisraelischen Aktivismus überwiegt die israelfeindliche Motivation und politische Betätigung gegenüber einer eindeutigen Positionierung in einem der traditionellen politischen Lager. Teilweise vereinen sich in diesem Milieu auch eigentlich konträre politisch-weltanschauliche Hintergründe, die jedoch gegenüber dem gemeinsamen Ziel des Aktivismus gegen Israel zurückgestellt oder ignoriert werden. Dem antisraelischen Aktivismus konnten 261 antisemitische Vorfälle zugeordnet werden, das entspricht 28 Prozent aller Vorfälle. Im Vergleich zum Jahr 2023 (84 Vorfälle) bedeutet dies eine Steigerung um 211 Prozent.

Antisemitische Vorfälle aus dem Milieu des antisraelischen Aktivismus, die RIAS NRW für das Jahr 2024 bekannt wurden, ereigneten sich häufig bei Versammlungen und auch im Rahmen der Aktivitäten der israelfeindlichen „Protestcamps“ an Hochschulen. Auch die Verbreitung antisemitischer Aufkleber und Schmierereien ging zu einem erheblichen Teil von diesem Milieu aus. Charakteristisch ist also vor allem, dass der antisraelische Aktivismus versucht, den öffentlichen Raum mit seinen Positionen und Forderungen zu besetzen und dabei auch Antisemitismus verbreitet. Dies kann für Jüdinnen_Juden eine Bewegung im öffentlichen Raum partiell und temporär als bedrohlich erscheinen und auch konkret bedrohlich werden lassen, wie ein Vorfall in Bonn zeigt.

In einem Imbiss am Bonner Hauptbahnhof waren seit dem 7. Oktober 2023 verschiedene wechselnde „Informationstafeln“ und Plakate zum Gaza-Krieg mit antisemitischen Narrativen angebracht. Bereits im April 2024 wurden RIAS neue Plakate bekannt, die Israel als Terrorstaat dämonisierten. Anlässlich der Klage Südafrikas gegen Israel vor dem Internationalen Gerichtshof sowie der dort ebenfalls eingereichten Klage gegen Deutschland wegen Unterstützung Israels wurden auf einem weiteren Plakat zahlreiche bekannte nicht-jüdische Politiker_innen auf Fotos mit Kippa gezeigt. Dieses Plakat wurde mit dem Schriftzug „Deutschland auf der Anklagebank“ betitelt. Die Verwendung solcher Fotos, auf denen nicht-jüdische Politiker_innen anlässlich jüdischer Feiertage oder eines Synagogenbesuchs eine Kippa tragen, ist ein immer wieder anzutreffendes Mittel, um die Souveränität von Politiker_innen in Frage zu stellen und zu suggerieren, sie stünden unter starkem jüdischem Einfluss oder gar unter jüdischer Kontrolle.

Bonn, 19. September

Ein Reisender bemerkte in einem Imbiss im Bonner Hauptbahnhof israelfeindliche Plakate mit antisemitischem Inhalt und fotografierte diese. Der Imbissbesitzer fragte ihn, warum er das tue, worauf der Mann antwortete, dass er eine ganz andere Meinung dazu habe.

Daraufhin fragte ihn der Besitzer laut, ob er Zionist und Jude sei. Als der Mann antwortete, er sei Jude und Israeli, kam es zu einem Streit, in dessen Verlauf ein Kunde aus dem Lokal kam und dem Mann mit körperlicher Gewalt drohte. Der Geschäftsinhaber intervenierte jedoch. Der bedrohte Mann verließ daraufhin den Ort und setzte seinen Weg fort.

Der Vorfall zeigt, wie schnell bedrohliche Situationen entstehen können, wenn die ausgestellten „Informationstafeln“ auf Widerspruch stoßen, weil ein öffentlicher Austausch darüber nicht erwünscht ist. Dies zeigen auch die mitunter äußerst aggressiven Störungen von Veranstaltungen zum Nahostkonflikt durch dieses Milieu, wenn die dortigen Inhalte nicht ihren Überzeugungen entsprachen.

Bonn, 5. Dezember

Im Dezember kündigte der Eigentümer des Imbisses im Bonner Hauptbahnhof mit einem neuen Aushang die Schließung des Lokals an: „Wir schließen. Nach 5 erfolgreichen Jahren trotz Corona-Krise und Hochwasserschäden. Leider blieben wegen unserer israelkritischen Haltung seit Oktober 2023 ca. 80 % der deutschen Kundschaft weg, so dass wir unser Lokal wegen des Zionismus und der Judenheuchelei dieser Gesellschaft nicht halten können. Es lebe der Widerstand und die Standhaftigkeit der Palästinenser gegenüber dem zionistischen Westen! Nieder mit dem Zionismus, Amerikanismus, Eurozentrismus!“

Mit seinem Statement zur Schließung des Imbisses verdeutlichte der Ladenbesitzer seine bereits durch die Präsentation der beschriebenen Fotos offenbar gewordene antisemitische Weltwahrnehmung, in der der Zionismus zur vorherrschenden Meinung im Westen phantasiert und dies auch als Grund für das eigene unternehmerische Scheitern angeführt wird.

Rechtsextrem/rechtspopulistisch

Das rechtsextreme und rechtspopulistische Spektrum lässt sich durch die vertretene Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen charakterisieren, wobei der Rechtspopulismus die abgeschwächte und modernisierte Form des Rechtsextremismus darstellt.

Für das Jahr 2024 registrierte RIAS NRW insgesamt 52 Vorfälle, die einem rechtsextremen/rechtspopulistischen Hintergrund zugeordnet werden konnten. Dies entspricht einer Verdoppelung im Vergleich zum Vorjahr (25 Vorfälle). Die Vorfälle mit

rechtsextremem/rechtspopulistischem Hintergrund machen 5,5 Prozent aller erfassten Vorfälle aus, die sich in gezielten Sachbeschädigungen, Bedrohungen, Massenzuschriften und verletzendem Verhalten ausdrückten.

Für antisemitische Vorfälle an Schulen waren im Jahr 2024 vermehrt Rechtsextremist_innen verantwortlich. Die Gesamtzahl bleibt mit elf rechtsextremen Vorfällen an Schulen zwar auf niedrigem Niveau, im Vorjahr dokumentierte RIAS NRW jedoch keinen einzigen Fall in dieser Kategorie. Aus Gründen des Betroffenen schutzes können die meisten dieser Vorfälle nicht beschrieben werden. Generell lässt sich beobachten, dass nationalsozialistische Positionen auch im schulischen Kontext zunehmend weniger tabuisiert erscheinen und von Schüler_innen mitunter offen in der Pause, im Klassenzimmer oder in Klassenchats vertreten werden.

Troisdorf, 7. Oktober

Ein Schüler zeigte am ersten Jahrestag des 7.10. an einer weiterführenden Schule in der Pausenhalle den Hitlergruß und rief „Scheiß Juden!“.

Wie bei diesem Vorfall boten auch das vernichtungsantisemitische Massaker der Hamas in Israel und der anschließende Gaza-Krieg der rechtsextremen und rechtspopulistischen Szene Anlass für antisemitische Äußerungen. Diese waren meist offen antisemitisch und nutzten, auch wenn ein konkreter Bezug zum Nahostkonflikt bestand, kaum eine Umwegkommunikation über Israel oder den Zionismus als Chiffre für Jüdinnen_Juden. Auch antisemitische Vernichtungswünsche und -drohungen wurden in den RIAS NRW bekannt gewordenen Vorfällen mit rechtsextremem Hintergrund meist offen formuliert:

Lünen, 4. Dezember

An eine weiterführende Schule in Lünen wurden antisemitische Graffiti gesprüht, unter anderem die Forderung „Juden vergasen“. Daneben klebten Sticker einer neonazistischen Kleinstpartei.

Warstein, 2. April

Anfang April wurden auf dem jüdischen Friedhof in Warstein-Belecke Hakenkreuze und der Satz „Vergas die Juden“ auf dem Eingangstor und einem Gedenkstein entdeckt.

Antisemitische Vorfälle durch das rechtsextreme Milieu sind teilweise mit anderen Diskriminierungsformen verschränkt. In acht Fällen wurden neben antisemitischen Aussagen auch rassistische Inhalte verbreitet, wie folgendes Beispiel verdeutlicht:

Köln, 13. Januar

In Köln-Chorweiler wurden auf eine Gartenmauer zwischen zwei Hakenkreuzen folgende Parolen geschmiert: „NAZI KIEZ / Tod den Muslimen!!! / Scheiss Juden! / Tag X kommt“.⁹

Ein immer wiederkehrendes Betätigungsfeld für das rechtsextreme Milieu ist auch die Erinnerungsabwehr der Schoa, die insbesondere an Gedenktagen zum Ausdruck kommt. Lange Zeit wurde die Erinnerungsabwehr vor allem von dieser Szene betrieben, mittlerweile ist sie jedoch nicht mehr auf dieses politisch-weltanschauliche Spektrum beschränkt. Diese Entwicklung ist insbesondere seit dem 7. Oktober 2023 auch im antiisraelischen Aktivismus zu beobachten.

Lünen, 9. November

Nach der Gedenkfeier zum Novemberpogrom 1938 wurde das Holocaust-Mahnmal in Lünen an der Lippebrücke mit rechtsextremen Aufklebern beklebt und die aufgestellten Kerzen vom Mahnmal eine Mauer hinuntergeworfen. Weitere Hakenkreuzschmierereien und Naziparolen wurden in angrenzenden Bereichen der Innenstadt entdeckt.

Gelegentlich werden Schoa-Relativierungen auch genutzt, um sich selbst als verfolgte Opfer zu inszenieren und somit die nationalsozialistische Judenverfolgung zu verharmlosen, so wie im folgenden Vorfall:

Ratingen, 6. Februar

Im Stadtrat setzte ein Sprecher der AfD die aktuelle Stimmung gegen seine Partei mit den Novemberpogromen von 1938 gleich.

In den RIAS NRW bekannt gewordenen Vorfällen nutzte vor allem das rechtsextreme Spektrum die Bezeichnung Jude als Schimpfwort und zur Markierung politischer Gegner, was es mit dem islamischen/islamistischen Milieu teilt:

9 Der „Tag X“ wird im rechtsextremen Milieu als der Tag verstanden, an dem der Staat zusammenbricht oder ein geplanter Umsturz stattfindet.

Moers, 22. November

Das Büro des Moerser SPD-Bundestagsabgeordneten wurde mit rechtsextremen und antisemitischen Parolen beschmiert. Auf die Schaufensterscheibe wurden unter anderem ein Hakenkreuz sowie die Schriftzüge „Juden“, „AfD“ und die Nazi-Parole „Deutschland erwache“ gesprüht.

Islamisch/Islamistisch

Vorfälle werden mit islamischem/islamistischem Hintergrund erfasst, wenn sich die Täter_innen positiv auf unterschiedliche Islamverständnisse beziehen und kein anderer weltanschaulich-politischer Hintergrund dominiert. Diesem Milieu konnten 3,5 Prozent der Vorfälle zugeordnet werden, was im Vergleich zum Vorjahr (21 Vorfälle) einen Anstieg um 52 Prozent auf nunmehr 32 antisemitische Vorfälle bedeutet.

Antisemitische Vorfälle mit islamisch/islamistischem Hintergrund wurden im Jahr 2024 vor allem im Rahmen von Versammlungen mit fast ausschließlich israelfeindlicher Ausrichtung dokumentiert. Dieses politisch-weltanschauliche Spektrum trat mit eigenen antisemitischen Versammlungen in Erscheinung, die als islamisch/islamistisch registriert werden konnten. Darüber hinaus beteiligten sich Akteure dieses Milieus aber auch immer wieder an israelfeindlichen Aktivitäten linker/antiimperialistischer Gruppen und des antiisraelischen Aktivismus, bei denen eigene islamistische Positionen zeitweise eher in den Hintergrund traten. Eine Zurückhaltung, die spätestens bei selbst organisierten und dominierten Versammlungen aufgegeben wurde. Die bereits seit dem 7. Oktober 2023 zu beobachtende Entwicklung, dass sich diese drei politisch-weltanschaulichen Milieus, also das linke/antiimperialistische, das antiisraelische und das islamisch/islamistische Milieu, über den geteilten Hass auf Israel zu gemeinsamen politischen Aktivitäten zusammenfinden, setzte sich auch im Jahr 2024 fort.

Die RIAS NRW bekannt gewordenen antisemitischen Vorfälle bei Versammlungen ähneln auch im islamischen/islamistischen Milieu den aus dem antiisraelischen Aktivismus und dem linken/antiimperialistischen Spektrum bekannten antisemitischen Narrativen. Dabei handelt es sich vor allem um Gleichsetzungen Israels und des Zionismus mit dem Nationalsozialismus und um eine Gleichsetzung des Gazakrieges mit der Schoa, zu der eine Betonung religiöser Aspekte hinzukommt.

Wuppertal, 29. Juni

Bei einer antiisraelischen Kundgebung am Wuppertaler Hauptbahnhof formulierte ein Redner aus dem salafistischen Milieu eine Relativierung des Nationalsozialismus, indem er den Sprechchor „Zionists are all the same - Nazis by a different Name“ anstimmte.

Aachen, 10. August

Ein Redner aus dem salafistischen Milieu lobte bei einer Kundgebung auf dem Marktplatz die Hamas und behauptete, den israelischen Geiseln fehle es an nichts. Zudem setzte er inhaftierte Palästinenser_innen mit KZ-Insassen gleich. Flüchtende Palästinenser_innen aus Rafah verglich er mit den Todesmärschen 1945. Zum Abschluss seiner Rede betete er: „Vereine die Märtyrer auf der höchsten Ebene miteinander. Allah, lasse Al Aqsa¹⁰ nicht in die Hände der Unterdrücker fallen. Allah, lasse Gaza zum Friedhof für die Feinde unserer Geschwister werden. [...] Spüle die Armee der Unterdrücker von dieser Erde.“ Danach sprachen der Redner und die Versammlungsteilnehmer_innen gemeinsam das muslimische Glaubensbekenntnis.

Neben diesen typischen Ausdrucksformen des Post-Schoa-Antisemitismus, die durch eine Umwegkommunikation gekennzeichnet sind, kam es auch zu offen geäußelter Ablehnung von Jüdinnen_Juden in Form des antisemitischen Otherings aus dem islamistischen Spektrum:

Aachen, 19. Dezember

Am Rande einer antiisraelischen Kundgebung unterhielt sich die meldende Person mit einem Mann, der eine Israelfahne trug. Zwei Männer, die dem islamistischen Milieu zuzuordnen waren, kamen hinzu und beschimpften die beiden als „asozial“. In der anschließenden Diskussion sagte einer der Islamisten: „Ich hasse Israel und ich hasse alle Juden.“ Die meldende Person wies ihn darauf hin, dass er selbst auch Jude sei und er ihn deshalb auch hasse. Dies wurde bestritten, gleichzeitig aber nochmals betont, dass man alle Juden hasse. Der Betroffene rief daraufhin die anwesende Polizei, die nach seiner Aussage den Vorfall als harmlos herunterspielte. Der Täter habe nicht gewusst, dass er Jude sei, es habe sicher nicht ihm persönlich gegolten. Erst als der Betroffene eindringlich betonte, dass er Anzeige erstatten wolle, stiegen die Polizist_innen aus ihrem Auto aus und ermittelten den Tatverdächtigen. Der Betroffene empfand das Verhalten der Polizei nach eigenen Angaben als Versagen, ihn und das jüdische Leben in Aachen zu schützen.

10 Al-Aqsa bedeutet wörtlich „die entfernteste Moschee“. Der Begriff bezieht sich auf die Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem oder auf Jerusalem selbst. Die Hamas bezeichnete die vernichtungsantisemitischen Massaker vom 7. Oktober 2023 selbst als „Operation Al-Aqsa-Flut“.

Das islamistische Milieu war auch für den einzigen Vorfall extremer Gewalt verantwortlich, der unter anderem Merkmale des israelbezogenen Antisemitismus aufweist:

Solingen, 23. August

Auf dem Stadtfest ereignete sich gegen 21.40 Uhr ein unter anderem antisemitisch motivierter Terroranschlag durch einen syrischen Islamisten und Anhänger des Islamischen Staates (IS). Auf dem Solinger Marktplatz stach der Täter mit einem Messer auf Besucher_innen des Stadtfestes ein. Er tötete drei Menschen und verletzte acht weitere, vier davon schwer. Der IS reklamierte den Anschlag für sich und veröffentlichte zwei Tage später ein Bekennervideo des Täters. Darin schwört der Täter dem IS die Treue und hält ein langes Messer in die Kamera. Sein Anschlag sei eine Vergeltung für die Tötung von Muslimen in Syrien, im Irak und in Bosnien. An seine Eltern gerichtet sagt er, sein Angriff sei auch ein Racheakt für die „Muslime in Palästina“, die mit Unterstützung der „Zionisten“ Massaker erleiden müssten - ein Verweis auf den Krieg Israels gegen die islamistische Terrororganisation Hamas im Gazastreifen. Zudem habe der Angriff einer „Gruppe von Christen“ gegolten, hieß es in einer Mitteilung des IS-Propagandaorgans Amaq im Onlinedienst Telegram.

Der hier in mörderischer Absicht durchgeführte „Racheakt“ für die „Muslime in Palästina“ verdeutlicht, welcher leidenschaftlicher Hass in einem antisemitischen Weltbild zum Ausdruck kommen kann. Der Täter macht „die Zionisten“ für Massaker in Palästina verantwortlich. Der Zionismus wird hier nicht als legitime jüdische Nationalbewegung gesehen, sondern ist als Chiffre für das von den Juden verkörperte ultimativ Böse zu verstehen, von dem auch die westlichen Demokratien bestimmt seien. So lässt sich auch der scheinbar zufällig gewählte Tatort, das Solinger Stadtfest, erklären. Denn wenn „der Westen“ und auch „die Christen“ von „den Zionisten“ kontrolliert werden, kann jeder Ort und jede Person als legitimes Ziel gelten, gegen das der „Heilige Krieg“, der „Dschihad“ geführt werden muss, und doch ist es in diesem antisemitischen Weltbild „der Zionismus“, der damit angegriffen wird.

Verschwörungsideologisch

Dem verschwörungsideologischen Milieu werden Vorfälle zugeordnet, bei denen die Verbreitung antisemitischer Verschwörungsmythen im Vordergrund steht. Eine Verortung in den traditionellen politischen Lagern ist oft nicht eindeutig möglich.

Im Jahr 2024 ordnete RIAS NRW 17 antisemitische Vorfälle (knapp 2 Prozent aller Vorfälle) dem verschwörungsideologischen Milieu zu, was fast einer Halbierung gegenüber 32 Vorfällen im Jahr 2023 entspricht. Dies dürfte vor allem auf den Rückgang der sogenannten Corona-Proteste zurückzuführen sein, in deren Zusammenhang zuvor vermehrt antisemitische Vorfälle aus diesem Milieu bekannt geworden waren.

Bereits seit Erhebungsbeginn wird RIAS NRW immer wieder eine Massenzuschrift gemeldet, die regelmäßig im Ruhrgebiet bis ins angrenzende Münsterland an Privathaushalte verteilt wird. Diese schildert ausführlich, wie Jüdinnen_Juden die Geschichte der Welt kontrollieren würden und man sich dabei zahlreicher Politiker_innen als „Agenten des Zionismus“ bediene, die unter jüdischer Kontrolle stünden. So würde man die Welt in immer neue (Welt-)Kriege treiben und auch der Nationalsozialismus sei von Jüdinnen_Juden gesteuert worden, um die jüdische Auswanderung nach Israel/Palästina zu gewährleisten. Dieser verschwörungsideologische Text wird fortlaufend an aktuelle weltpolitische Ereignisse angepasst. So wurde beispielsweise der russische Überfall auf die Ukraine als weiterer vom „Weltjudentum“ angezettelter Krieg eingefügt, der die baldige Versklavung aller Christ_innen durch Jüdinnen_Juden ankündige. Der wirre Inhalt dieser Massenbriefe ist oft schwer verständlich, bedient sich aber einer hasserfüllten Sprache und stellt das Judentum als Ursache aller Übel der Welt dar.

Eine Verteilung dieser Massenzuschrift wurde RIAS im März aus Bottrop, im April aus Bochum, im September aus Duisburg und im Oktober erneut aus Bochum gemeldet. Von weiteren Verteilungen dieses antisemitischen Flugblatts ist auszugehen.

Links/Antiimperialistisch

Ein antisemitischer Vorfall wird dann als links/antiimperialistisch eingestuft, wenn das Eintreten für linke Werte klar erkennbar ist. Meist wird ein binäres Weltbild vertreten und häufig werden befreiungsnationalistische und linksautoritäre Ziele proklamiert. 34 Vorfälle mit diesem politisch-weltanschaulichen Hintergrund wurden im Jahr 2024 erfasst, während 2023 noch 20 Vorfälle als links/antiimperialistisch dokumentiert wurden. Der Anteil des linken/antiimperialistischen Milieu machte 2024 3,5 Prozent aller antisemitischen Vorfälle aus.

85 Prozent dieser Vorfälle mit linkem/antiimperialistischem Hintergrund enthielten Narrative des israelbezogenen Antisemitismus. Ähnlich wie beim antiisraelischen Aktivismus wurden zahlreiche Dämonisierungen und Delegitimierungen Israels in Redebeiträgen und Sprechchören auf Versammlungen, aber auch in Graffiti und Aufklebern linker Gruppen und/oder Einzelpersonen dokumentiert. Verbreitet ist eine Gleichsetzung Israels und des Zionismus mit dem Nationalsozialismus oder Faschismus

sowie die Unterstellung einer neuen Schoa, diesmal begangen durch Israel an den Palästinenser_innen. Der eigene Aktivismus gegen Israel, der sich argumentativ gelegentlich auch klassisch rechtsextremer Schuldskultmotive bedient, wird dabei meist in einen postulierten globalen Kampf gegen den Faschismus eingebettet und mit anderen befreiungsnationalistischen Bewegungen, zum Beispiel Kurdistan, verknüpft. Auffällig ist zudem, dass sowohl die sexualisierte Gewalt der Hamas bei ihrem Angriff auf Israel als auch die LGBTIQ-Feindlichkeit und der religiöse Fundamentalismus der palästinensischen Gruppierungen vom Islamischen Dschihad bis zur Hamas geleugnet oder ignoriert werden, auch wenn dies einem linken Selbstverständnis widerspricht, aber eben geschehen muss, um sie dann wiederum abwehrend Israel zum Vorwurf zu machen.

Köln, 8. März

Bei einer Demonstration zum „feministischen Kampftag“ auf dem Roncalliplatz wurde nach mehreren Redebeiträgen auch eine Sprachnachricht einer jüdischen Frau abgespielt, die über die grausame sexualisierte Gewalt der Hamas sprach. Die Meldende berichtet, dass diese Rede - als einzige - überhaupt nicht zu hören war: Die Rede wurde extra leise gedreht und in doppelter Geschwindigkeit abgespielt, damit man nichts davon hören konnte. Der Beitrag einer palästinensischen Rednerin hingegen wurden direkt danach wieder in normaler Lautstärke abgespielt und habe sehr lange gedauert, ohne unterbrochen zu werden. Laut der Meldenden haben die Organisator_innen „absichtlich jüdische Frauen davon abgehalten, ihr Leid mitzuteilen“.

Charakteristisch für das linke/antiimperialistische Milieu ist auch die ständige Betonung, gegen Antisemitismus zu sein, während gleichzeitig die Existenz eines israelbezogenen Antisemitismus geleugnet wird. Oft wird auch empört bestritten, dass man als Linke antisemitische Inhalte verbreiten könne. So auch im folgenden Vorfall, bei dem unter anderem das alte antisemitische Narrativ von der Kriegstreiberei des Judentums auf Israel übertragen wurde:

Duisburg, 5. Oktober

Auf einer Versammlung einer trotzkistischen Kleinstpartei sprach der Redner von Israel als einem imperialen Staat, der für die Kriege in der Welt verantwortlich sei. Die antisemitische Vorstellung, Jüdinnen_ Juden würden den Weltfrieden gefährden und seien „Kriegstreiber“, wird in diesem Narrativ auf den jüdischen Staat projiziert und damit Israel als existenzielles Problem der Menschheit dargestellt. Darüber hinaus leugnete der Redner den israelbezogenen Antisemitismus und ordnet Antisemitismus lediglich dem rechtsextremen/rechtspopulistischen Spektrum der AfD zu.

Das linke/antiimperialistische Milieu griff immer wieder auch andere, ihrem Selbstverständnis nach linke Gruppen, Parteien und Einzelpersonen an, wenn diese ihrer Interpretation des Nahostkonflikts nicht folgten oder ihr widersprachen.

Düsseldorf, 1. Mai

Gegenüber Mitgliedern einer Mitte-Links-Partei kam es bei einer Veranstaltung anlässlich des Tags der Arbeit zu antisemitischen Beschimpfungen durch antizionistische Linke, die aggressiv und bedrohlich geäußert wurden. Dabei wurde das militärische Vorgehen Israels mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt. Aufgrund des Betroffenenenschutzes kann der Vorfall nicht weiter ausgeführt werden.

AUSBLICK

Die Zusammenfassung der antisemitischen Vorfälle in Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2024 (siehe S. 14) belegt einen kontinuierlichen Anstieg der RIAS NRW bekanntgewordenen antisemitischen Vorfälle seit Beginn der operativen Tätigkeit der Meldestelle im April 2022.

Wie von der Politik gewünscht, möchten wir im Folgenden konkrete Vorschläge zur Prävention und Intervention für verschiedene gesellschaftliche Teilbereiche vorstellen, da unter anderem angesichts der von uns dokumentierten Tatorte dringender Handlungsbedarf besteht. Die dargelegten Vorschläge berücksichtigen dabei auch die Ergebnisse der Einstellungsforschung zum Antisemitismus in der Gesamtgesellschaft Nordrhein-Westfalens.¹¹

Antisemitismus im Internet

Bis heute bleiben antisemitische Beiträge in den Sozialen Netzwerken meist unsanktioniert - vor allem strafrechtlich und seitens der Plattformbetreiber_innen von TikTok, Instagram und Co. Bei digitalen antisemitischen Vorfällen sollten die Plattformbetreiber_innen in die Pflicht genommen werden, antisemitische Aussagen, Bilder und Videos unverzüglich zu löschen und bei weiteren Verstößen den Nutzer_innen den Zugang zur Plattform zu sperren. Hierbei sollten bestehende Gesetze wie der 2022 von der EU beschlossene „Digital Services Act“ (DSA) zur Plattformregulierung konsequent umgesetzt werden.

Angesichts zum Beispiel manipulativer TikTok-Welten sollten Schulen früh intervenieren. Medienkompetenz unter besonderer Einbeziehung einer Sensibilisierung gegen Antisemitismus muss in den Schulen frühzeitig vermittelt und gestärkt werden.

Live-Übertragungen in den Sozialen Netzwerken von zum Beispiel antiisraelischen Versammlungen mit antisemitischen Sprechchören oder Störaktionen von israelsozialistischen oder jüdischen Veranstaltungen dürfen nicht zu rechtsfreien Räumen werden. Strafrechtlich relevante Inhalte müssen zur Strafverfolgung führen, sowohl bei den Content-Creator_innen als auch bei deren Nutzer_innen, die die strafbaren Inhalte teilen.

11 Vgl. Beyer, Rensmann, Brögeler, Jäger & Schulz (2024). Antisemitismus in der Gesamtgesellschaft von Nordrhein-Westfalen im Jahr 2024. Online unter https://www.antisemitismusbeauftragte.nrw/sites/default/files/2024-09/Abschlussbericht_Antisemitismus_in_NRW_2024.pdf.

Antisemitismus an Hochschulen

Universitäten und Hochschulen als Institutionen sollten sich verstärkt selbst zum Forschungsgegenstand machen: speziell der israelbezogene Antisemitismus unter Studierenden und Lehrenden sollte vertiefend erforscht werden.

Die Vermittlung von Faktenwissen über die Geschichte des arabisch-israelischen Konflikts unter Einbeziehung der Rolle des Antisemitismus als konfliktperpetuierendes Moment sollte verstärkt werden; entsprechende Module an den Hochschulen sollten zertifiziert werden, und dies nicht nur für Lehramtsstudierende.

Antisemitismuskritische Bildung von Kindern, Jugendlichen und Multiplikator_innen

In der Jugendhilfe sollte ein ganzheitlicher Ansatz zur Bekämpfung von Antisemitismus verfolgt werden. Dazu gehören antisemitismuskritische Schulungen, demokratische Erziehung und die Stärkung sowohl eines positiven Selbstwertgefühls von Jugendlichen als auch von Empathie. Die Einbeziehung der Kinder und Jugendlichen in die Entwicklung und Umsetzung von Initiativen muss gewährleistet sein, um Bedarfe, Unsicherheiten und Verbesserungsvorschläge zu eruieren sowie ihre Eigenverantwortung und ihr Engagement gegen Antisemitismus zu fördern. Die Politik ist daher gefordert, wirksam und kontinuierlich in die Jugendarbeit zu investieren und deren Handlungsprinzipien wie Dialog und Partizipation nachhaltig zu stärken. Kontinuierliche und gesicherte Investitionen in die Ausbildung der Fachkräfte sind notwendig, auch um eine wirksame Umsetzung der Maßnahmen zu gewährleisten, wenn ein Kind oder Jugendlicher in seiner persönlichen Integrität verletzt wird oder ein Schutzbefohlener droht, delinquent zu werden und sich damit außerhalb der demokratischen Gesellschaft zu stellen. Aufsuchende Prävention und sozialpädagogische Arbeit müssen verbreiteter geleistet werden. Hier spielen Vereine und Ehrenamt eine wichtige Rolle, um lokal gut vernetzte und auch digitale Angebote zu schaffen.

Bei Anstachelung von Minderjährigen zu antisemitischen Straftaten seitens der Sorgeberechtigten müssen Jugendämter aktiv werden und Sorgeberechtigte in die Pflicht nehmen.

Die Reflexion der Erscheinungsformen von Antisemitismus sollte ebenfalls verpflichtender Bestandteil der Ausbildung für Psychotherapeut_innen, Sozialarbeiter_innen und Psycholog_innen sein.

Antisemitismus an Schulen

Die Auseinandersetzung mit Antisemitismus als gesamtgesellschaftliche Aufgabe und die Vermittlung von Kenntnissen über Erscheinungsformen von Antisemitismus sollte verpflichtender Bestandteil der Lehramtsausbildung sowohl an den Hochschulen als auch im Referendariat und an den Verwaltungsfachhochschulen des Landes sein.

Antisemitische Vorfälle im schulischen Bereich sollten direkt an RIAS NRW gemeldet werden können.

Die Schulbücher in NRW sollten hinsichtlich der Darstellung jüdischer Geschichte, Kultur und Religion sowie der Darstellung Israels und der Geschichte des israelisch-arabischen Konflikts dringend reformiert werden, um gezielten Desinformationskampagnen mit antisemitischen Narrativen entgegenwirken zu können.

Die Förderung von Begegnungen zwischen nicht-jüdischen und jüdischen Menschen, vor allem Jugendlichen, und der institutionell geförderte Austausch zwischen deutschen und israelischen Jugendlichen erscheinen vor diesem Hintergrund sinnvoll. Noch immer fehlt ein deutsch-israelisches Jugendwerk.

Gedenkstättenbesuche mit sorgfältiger Vor- und Nachbereitung in den Schulen sind nach wie vor notwendig; die Bildungsarbeit zur Erinnerung an die Präzedenzlosigkeit der Schoa ist durch geeignete Bildungsmaterialien auf wissenschaftlicher Grundlage zu stärken.

Leitlinien für kommunal- und landesgeförderte Projekte

Es darf keine Förderung antisemitischer Projekte durch die öffentliche Hand geben. Um die Kommunen dabei zu unterstützen, bei der Vergabe von Räumen und bei der Beantragung von Projektmitteln sicherzustellen, dass keine antisemitischen Projekte gefördert werden, sollte die Landeshaushaltsordnung Nordrhein-Westfalens gesetzlich angepasst werden, um Rechtssicherheit bei der Projektförderung zu schaffen. Dabei sollte von den potentiellen Zuwendungsempfängern erwartet werden, dass sie die IHRA-Definition von Antisemitismus anerkennen.

Strafrechtliche Verfolgung antisemitischer Vorfälle

Der Kunstbereich darf kein rechtsfreier Raum sein. Potenziell antisemitische Straftaten müssen auch im Kunst- und Kulturbereich strafrechtlich verfolgt werden.

Polizeibedienstete (Polizei und Staatsschutz) müssen zu den Erscheinungsformen des Antisemitismus geschult werden. Dies soll nicht nur für verbeamtete Polizeibedienstete, sondern auch für nicht verbeamtete gelten.

Polizist_innen müssen nicht nur über die Kompetenz verfügen, strafbare antisemitische Äußerungen wie Holocaustleugnung als solche zu erkennen, sondern auch nicht strafbare antisemitische Äußerungen in Form von antisemitischen Chiffren, Codes und Zuschreibungen. Hier könnten auch die anonymisierten Vorfälle, die RIAS NRW im Rahmen seiner Jahresberichte veröffentlicht, für die pädagogische Arbeit mit der Polizei genutzt werden. Dies hätte den Vorteil, dass Polizeianwärter_innen anhand realer Vorfälle in NRW mit dem gesamten Spektrum antisemitischer Ausdrucks- und Erscheinungsformen geschult und sowohl strafbarer als auch nicht strafbarer Antisemitismus thematisiert werden könnte.

Bei den Antisemitismusbeauftragten der Staatsanwaltschaften muss das Stundenkontingent für die Bearbeitung antisemitischer Straftaten erhöht werden.

Betroffenen antisemitischer Gewalt ist grundsätzlich und in jedem Fall der sogenannte „kleine Opferschutz“ nach § 68 StPO zu gewähren: Dabei wird Geschädigten die Möglichkeit eingeräumt, statt der eigenen Wohnanschrift eine andere ladungsfähige Anschrift, zum Beispiel einer Beratungsstelle, anzugeben.

Es bedarf konsequenter Strafermittlungen, sofern ein Anfangsverdacht nach § 192a StGB (verhetzende Beleidigungen) besteht.

§ 130 StGB (Volksverhetzung) hat erhebliche Schutzlücken. Das betrifft zum einen die normative Gestaltung - insbesondere den Ausschluss ausländischer Gruppen aus § 130 Abs. 1 StGB - und zum anderen die praktische Anwendung der Vorschrift, bei der die Verwendung antisemitischer Codes und Chiffren teilweise übersehen wird.

§ 46 StGB, der die Grundsätze der Strafzumessung regelt, wurde dahingehend erweitert, dass nun ausdrücklich auch antisemitische Motive strafscharfend zu berücksichtigen sind; dies sollte konsequent angewendet werden.

Um Äußerungen des israelbezogenen Antisemitismus zielgerichteter strafrechtlich ahnden zu können, zum Beispiel die Leugnung des Existenzrechts Israels, wäre ein neuer Straftatbestand unter einem neu zu formulierenden § 103 in das StGB aufzunehmen, der die Aufforderung zur gewaltsamen Beseitigung eines jeden Staates, zu dem Deutschland diplomatische Beziehungen unterhält, unter Strafe stellt.

Politierte Islamverbände, die von religiös-autokratischen Staaten beeinflusst oder bestimmt werden, welche selbst staatlichen Antisemitismus verbreiten, sollten keine Partner von Staatsverträgen sein oder Aufgaben in der religiösen Bildung, Hochschulbildung und politischen Bildung übernehmen.

Antisemitismus melden!

Wenden Sie sich an uns, wenn Sie von Antisemitismus betroffen oder Zeuge von antisemitischen Vorfällen sind!
Wir arbeiten vertraulich, anonymisierend und parteilich.

Сообщите об антисемитском инциденте!

Свяжитесь с нами, если Вы столкнулись с антисемитизмом или являетесь свидетелем антисемитских инцидентов!
Наша работа конфиденциальна, анонимна и мы на стороне потерпевших.

Report Antisemitism!

Contact us if you are affected by antisemitism or are a witness to antisemitic incidents! Our service is confidential, anonymizing, and we stand unequivocally at the side of those affected.



RIAS Nordrhein-Westfalen
Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Nordrhein-Westfalen

UNSERE ANGEBOTE

- ▶ Vertrauliche Annahme von Meldungen
- ▶ Vermittlung von weiteren Beratungsangeboten
- ▶ Unterstützung bei öffentlicher Kommunikation der Erfahrungen
- ▶ Auskünfte zu antisemitischen Erscheinungsformen

Jederzeit können Sie uns Ihre Erfahrungen und Beobachtungen zu antisemitischen Vorfällen mitteilen:

www.rias-nrw.de | 0211 / 822 66 03 33 | info@rias-nrw.de



facebook.com/RIASNRW



instagram.com/rias_nrw



x.com/Report_Antisem (Account des Bundesverbands)

In Trägerschaft des



Verein für Aufklärung
und demokratische
Bildung e.V.

Gefördert durch

Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen

